

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SW 16
Wustrowstraße 115 (Hedemanns C. V. Zimmer)
Fernsprecher Amt Kochstraße 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Flusterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentlich. Beilage, Die sanitäts-w. 6 Mk.

Der Streit der Berliner Elektrizitätsarbeiter vor dem Reichstag.



Daß der Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik ein parlamentarisches Nachspiel haben würde, war vorausgesehen. Die bürgerliche Reaktion fühlt sich bereits wieder so fest im Sattel, daß sie lustig zum Angriff blasen kann und die Arbeiter liegen sich noch immer in den Haaren, so daß sie in ihrer heillosen Zersplitterung von Niederlage zu Niederlage schreiten. Im Berliner Streit, über den wir in Nr. 47 eingehend berichtet haben, ist viel gesündigt worden. Schon die eine Tatsache, daß zwei verschiedene Organisationsgruppen gestellt wurden, kennzeichnet die Situation. Während bisher unser Verband stets die führende Vertreterin der Gemeindefunktionäre der Groß-Berliner Gemeindearbeiter war, hatten sich diesmal die Maschinen- und Heizer-, die Transportarbeiter, leider auch die Metallarbeiter ein Sondergremium gebildet, das zu dem unglücklichen Ausgang der Bewegung geradezu entscheidend beigetragen hat und das unseren Berliner Verbandskollegen auch bei den folgenden Lohnbewegungen noch schwer zu schaffen machen wird.

die Zukunft. — Wir können unmöglich andauernd die Suppen auslöffen, die uns andere eingebracht haben, und aus diesem Grunde fordern wir, daß endlich auch in Berlin sich deutschen Städten und Bezirken längst nachstens ist, nämlich: daß unsere Organisation, entsprechend ihrer Stärke, die Führung bei allen Lohnbewegungen usw. in der Hand behält, und daß nicht irgendeine Maschinen- und Heizer- oder Transportarbeitergruppe Seitenzüngeln macht.

Wir haben in den Groß-Berliner Betrieben weit über 12000 Gemeindearbeiter organisiert. (Außerdem über 1000 Staatsarbeiter.) Alle übrigen freien Gewerkschaften zusammen nicht einmal den zehnten Teil! Trotzdem haben sich die oben genannten Verbände für berechtigt, „ihre“ Bewegung selbstherrlich aufzuführen und unsere Kollegen auf Geduld und Verdriss ins Schlepptau zu nehmen. Der Umstand, daß in den früher privaten Berliner Elektrizitätswerken noch ca. 1200 Kollegen vom Maschinen- und Heizer-Verband tätig sind, während wir an 350 Kollegen dort haben, führte zum sogenannten „wildem“ Streit der Elektriker, der aber, wie wiederholt festgestellt worden ist, weit mehr den Charakter eines „Konkurrenz“-Unternehmens hatte. Jedenfalls haben diese Vorgänge u. E. unüberdeutlich bewiesen, daß es so nicht weiter gehen kann und daß auch für die Berliner Gemeindearbeiter ein einheitliches Vorgehen unter allen Umständen gewährleistet werden muß für

Anruf.

Wir können!
Glaubt ihr dem Worte nicht?
Glaubt ihr nicht Herr eurer selbst zu sein?
Haltet ihr euch für kleiner als Klein? —
Nein!

Wir können!
Erum ist stärker als Hellenmacht!
Kenschenheit ärger als Hellenmacht!
Dank fordert Freiheitspart fern und nah:
Ja!

Wir müssen!
Folgt ihr dem Orange nicht?
Wähnt ihr nur alles für Trug und Schein?
Oder wollt ihr gar feige sein? —
Nein!

Wir müssen!
Müssen die Fesseln zerbrechen!
Alle Fasern des Herzens sprechen,
Gedenken sie dessen, was bisher geschah:
Ja!

Wir wollen!
Folgt ihr dem Rufe nicht?
Könnt ihr nur murren über das Sein?
Wollt ihr zur Tat zu träge sein? —
Nein!

Wir wollen!
Ist soll die Lösung sein!
Geault von wild-irrenischer Dem,
Ist für uns nur ein Aufschrei da:
Ja!

GAMMA PUBLIS.

Ist diese Lehre nicht aus dem Berliner Streit gewonnen, so bedeutet er eines der tiefstaurigsten Kapitel unserer Zeit.

Wir wollen dabei nicht einmal ausführlicher eingehen auf den politischen Einischlag, der in dem Streit gegen das noch nicht ganz fertige halbsozialistische Neu-Berlin steckt. Auch das ist ein Kapitel, das den politisch aufklärten Arbeiter wohl zum Nachdenken zwingen müßte, denn man muß nur mal die diebische Freude der Deutschnationalen, der Volksparteier wie der Demokraten gesehen haben bei all ihren „Interpellationen“ im Roten Hause.

Selbstverständlich können unsere Kollegen nicht um der schönen Augen sozialistischer Stadträte willen hungern! Aber eine gewisse Berücksichtigung der Durchführbarkeit aller unserer Forderungen ist doch erforderlich, sonst verhängen wir uns nicht nur die Sympathie der Gemeindefunktionäre, sondern es besteht auch die Gefahr, den Akt abzusagen, auf dem wir sitzen.

Wir hätten wohl noch manches andere hierzu zu sagen, was uns seit Beginn dieser „wildem“ Bewegung auf der Seele brannte, möchten aber vorerst davon Abstand nehmen, angesichts der Tatsache, daß durch die Reichstagsverhandlungen (die wir an anderer Stelle im Auszug wiedergeben) ziemlich Klarheit geschaffen ist. Immerhin möchten wir von unserem Standpunkt auch noch einiges dazu sagen.

Wir haben sofort am 19. November gegen die Verordnung des Reichspräsidenten scharfsten Protest erhoben und wollten unserer damals taunenden Gauleiterkonferenz folgende Entschließung unseres Vorstandes unterbreiten:

048
werden
Bier
braun
un-
luch
erben.
Berlin
auf
le von
Prote-
August
fretts.
ie mit
bisher
früher
Vertung
Zyklus-
acht der
t über
r Claf
g eine
er und
g von
u be-
Jugend
nd die
Alara
Müller,
er gute
bediente
b. beste
nen der
träts-
sefabrie
g allen
n n n.
Reyer,
ma z.
M.
nd Be-
enschaft
E. A.
itische.
nment
50 Mt.
en, Ge-
est 2.
andels-
schaften.
R
BR
ark
der
den
ster-
hen.
er Str. 15

Infolge des „Julkon“ Streiks der Berliner Metallarbeiter, deren Vorgehen vom Verbot der Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht gebilligt wird, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen.

Der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter protestiert ganz entschieden gegen diese Verordnung, da sie die Gefahr in sich birgt, das Koalitionsrecht der Gemeinde- und Staatsarbeiter in erheblichem Maße einzuschränken.

Der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter heßt sich, daß ihm (als dem Hauptbeteiligten auf Arbeitnehmenseite) keinerlei Vorbereitung bei dem Erlass dieser Verordnung eingeräumt worden ist. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen dieser Erlass in keiner Weise geeignet ist, den beabsichtigten Zweck zu erreichen und Beruhigung in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu tragen.

Der Vorstand des Gemeindearbeiterverbandes erwartet vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, daß er unter Einziehung unserer Vertreter unverzüglich mit der Reichsregierung in Verhandlung tritt, um die sofortige Aufhebung dieser Verordnung durchzusetzen.

Andererseits heßt der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sich, daß es bei den zahlreichen Lohnkämpfen, die er namens seiner 300 000 Mitglieder an verschiedenen Orten und in großen Bezirken zu führen hatte, bislang stets gelungen ist, die gewerkschaftliche Disziplin in seinen Reihen aufrechtzuerhalten und auf tariflich geordneter Verhandlungsbasis eine Verständigung mit den beteiligten Gemeindevertretungen usw. durchzuführen.

Wenn durch das ungewerkschaftliche Vorgehen von Mitgliedern des Preiser- und Maschinenistenverbandes usw. in Groß-Berlin eine anderartige Situation entstehen konnte, so dürfen hierfür nicht die großen Massen der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit einer erheblichen Erschwerung ihres Koalitionsrechts bedroht werden.

Der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Mittlerweile konnten uns die Kollegen Lagsodzynski und Polenske mitteilen, daß die Anwendung der Verordnung für Berlin zurückgezogen war. Das war auch das Beste, was in der damaligen Situation geschehen konnte.

Run hat aber der Reichspräsident Vernebt nicht nur die Verordnung fruchtlos im Reichstag begrüßt, sondern auch noch eine Verschärfung verlangt sowie eine Aussöhnung auf Verkehr und Landwirtschaft!

Und der Reichsminister Koch (Demokrat) erklärte, die Verordnung müsse bis zur Regelung eines Schlichtungs-gesetzes bestehen bleiben. Das läßt ja allerbald Verwicklungen für die Schlichtungsordnung zu!

Bei der Reichstagsdebatte hat dann Hortleib (Soz.) die Verordnung zwar gebilligt, aber doch die sofortige Aufhebung gefordert, wobei er recht interessante Streiflichter auf die Lieferstreiks der Landwirte warf, wo man nicht gefällig eingreift. Auch sonst sind die Ausführungen

recht beachtenswert. Während das Zentrum durch Dietricher sich vorbehaltlos für die Verordnung einsetzte, brachten Brühl (U. S. P.) und am folgenden Tage auch Dr. Nojeß für sofortige Aufhebung der Verordnung. Letzterer wies auch auf die gut vorbereiteten Bürger- und Arbeitervereine als rein politische Götzen hin. Besonders treffend aber waren seine Ausführungen, soweit sie sich auf die Tragödie des deutschen Proletariats bezogen: „Kann in dem Geist der politischen Fäulnis in Berlin gesonnen, verbleibt und zerflüßet sich das Proletariat auch auf diesem kommunalen Boden zur Freude der Bourgeoisie, anstatt eine emporsteigende, geschlossene Kampftruppe gegen die bürgerliche Gesellschaft zu bilden.“

Und was sagte nun der Revkommunist Maljakhin? O, es war gar kein wilder Revell! Der Maljakhinist und Heizerverband, Transporter usw. haben in einem Rundschreiben an die Presse bezeugt, daß der Streik mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden ist.

Wir haben uns im Anfang dieses Artikels hierüber deutlicher geäußert und möchten ergänzend feststellen: die Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes haben weder die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Streik angebracht, noch sind sie in den Streik getreten! Sie waren im Einvernehmen mit ihrer Ortsverwaltung der Ueberzeugung, es müsse auch auf dem Verhandlungswege möglich sein, mit der sozialistischen Stadtratsmehrheit zur Verständigung zu gelangen. Das haben aber die Mitglieder des Maschinen- und Heizerverbandes durch ihr unbedingtes Vorgehen unmöglich gemacht und nun sind unsere Kollegen die Leidtragenden in doppelter Beziehung. Einmal ist die Bewilligung weiterer Mittel durch diese Tragödie gewaltig erschwert, da auch die Kreditwürdigkeit Berlins darunter gewaltig gelitten hat, zum andern ist nun im Reichstag von der bürgerlichen Mehrheit die Verordnung erneut bestätigt worden.

Wir werden natürlich nicht aufhören, gegen das Ausnahmegesetz stärksten Protest zu erheben, aber um der historischen Wahrheit willen muß doch festgehalten werden, daß die unglückselige Organisationszerstückelung erst diese Folgen gezeitigt hat.

Wir alle mühen längst, daß die Reaktion auf der Lauer liegt. Um so weniger lag Veranlassung vor, nun den Vernebt auch noch einen Schein des Rechts zu geben mit solchen Vorgehen.

Ein besonderes Kapitel im Streik wie auch bei den Reichstagsdebatten spielte wieder die sanftere „Technische Notthilfe“. Wir können unserer festen Entschlossenheit gegen diese völlig unberufene Einmischung in die Arbeiterangelegenheiten nur erneut Ausdruck verleihen durch die Feststellung, daß alle unsere Mitglieder darin nur eine Streikbrechergarde schlimmsten Kalibers erblicken.

Industrieverbände oder einseitlicher Arbeitnehmerverband.

Die deutschen Gewerkschaften mit ihrer glänzenden Entwicklung, ihrer ruhmvollen Vergangenheit und ihren Erfolgen sind an einem Wendepunkt angelangt. Nicht daß wir behaupten wollen, die Gewerkschaften sind überlebt; es liegt uns auch fern, sie zum Träger der politischen Tageskämpfe machen zu wollen. Wir sind vielmehr durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Gewerkschaften heute unentbehrlicher sind als je zuvor. Nur der Mann, die Form erweist sich den neuen Anforderungen, die an die Gewerkschaften gestellt werden, als nicht mehr zeitgemäß. Eine „Ranggruppierung“ erscheint als dringendes Erfordernis. Denn Kämpfe von noch nie dagewesenem Umfang und nie erreichter Erbitterung stehen uns bevor. Nur weltfremde Ideologen können die Auffassung vertreten, daß der vor uns liegende Entwicklungsschritt ein friedlicher sein könne. Trotz Schlichtungsordnung, Gütigungsdämern und salomonischer Schiedsprüche sogenannter Unparteiischer wachsen die Klassen-gegenstände zu ungeahnter Schärfe an. Sie werden und müssen im Interesse einer höheren Entwicklung ausgekämpft werden.

Aber Kenner der modernen Arbeiterbewegung weiß, daß die Gewerkschaften sich eng an die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und von dieser gar nicht zu trennen sind. Der Konzentrationsprozeß, der sich in der deutschen Volkswirtschaft in den letzten 30 Jahren vollzogen hat, der die Kleinen zu Großen zusammenschloß und die Großen zum Kampf um das Größte anspornte, dieser Konzentrationsprozeß hat auch den Gewerkschaften den Stempel aufgedrückt.

Der lokale „Hilfsverein“ war unter dem Range des Sozialengesetzes entstanden. Damals hatte er nicht nur keine volle Vertretung, sondern er war notwendig, weil die einzig mögliche Organisationsform. Den politischen Verfolgern konnte man so am besten eine Nase machen. Mit der Aufhebung des Sozialengesetzes fehlte eine harmische Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften ein, und bald zeigte es sich, daß die Vertiefung der Gewerkschaften den Anforderungen nicht mehr entsprach. Die Streikbestände für die lokalen Fachverbände hatte geschlagen. Zwar wogte der Streik noch eine Zeitlang auf und ab, der Gewerkschaftskongreß

in Halberstadt entschied aber mit großer Mehrheit für den gen-
tralen Berufsverband. In diesem Rahmen haben sich die Ge-
werkschaften mächtig entwickelt und unendlich viel für die kultu-
relle und materielle Hebung der Arbeiterklasse erreicht. In diese
Zeit fallen die Vervollkommnung des Verwaltungsapparates und
vor allem der Ausbau der Unterstützungsanstalten. Nebenher
gingen aber auch in dieser Zeit Bestrebungen, den Zentralverbän-
den andere, den Erfordernissen des Tages besser angepasste Or-
ganisationsformen zu geben. Die ersten Industriever-
bände entstehen in dieser Zeit, so die Verbände der Holzarbeiter,
der Metallarbeiter und der Bauarbeiter.

Mit dem Ausbruch des Krieges erfährt das Wachstum der Ge-
werkschaften eine jähe Unterbrechung, um nach keinem Zusam-
menbruch und der ihm auf dem Fuße folgenden Revolution in
einer stürmischen Aufwärtsbewegung das unterbrochene Wach-
stum fortzusetzen. Mit dieser Entwicklung nach dem Ausbruch der
Revolution hebt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Gewerks-
chaften an. Die Revolution hat in Deutschland auf politischem
Gebiete Veränderungen grundsätzlicher Art im Besolge gehabt.
In wirtschaftlicher Beziehung ist nichts zugunsten der Arbeiter
beobachtet worden, eher ist das Gegenteil eingetreten. Der Kon-
zentrationstypus des Kapitals ist durch die Revolution nicht un-
terbrochen, kaum einen Augenblick unterbrochen. Die ökonomischen
Grundlagen des Kapitalismus sind unerschüttert geblieben.

In organisatorischer Beziehung hat das Unternehmertum die
Gewerkschaften überflügelt. Eine Strafe, das ganze Reich um-
spannende Arbeitgeberorganisation ist geschaffen und steht nicht
nur zur Abwehr, sondern zum Angriff bereit. Dem haben die
Arbeiter bisher nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. In
63 Zentralverbände gesplittet, ohne die gegneri-
schen Organisationen, unterliegen die Gewerkschaften zu oft den
Aggressionen und Tücken der einheitlichen Unternehmerorganisation.
Die Entwicklung zu Industrieverbänden geht bei
uns überaus langsam vonstatten. In den großen industriellen
Bereichen finden wir häufig nicht selten 10 und mehr verschiedene
Gewerkschaften unter den Arbeitern vertreten, die mitunter ganz
verschiedene und gegeneinanderlaufende Direktiven an ihre Mit-
glieder ausgeben. Die Schlagkraft der Arbeiter leidet darunter.

In finanzieller Beziehung wird in dem bisherigen Organi-
sationsrahmen der Gewerkschaften ungenutzt eine ungeheuerliche
Verwastung getrieben. Die 63 Zentralverbände geben für die
Verwaltung, für die Verbandszeitungen, insbesondere für die
Agitation Millionen aus. Bei einheitlicher Verwaltung
könnte eine große Zahl an die Bureau's gebundener Kräfte frei-
gemacht werden für die Propaganda und Erziehungsarbeit, die
heute vernachlässigt dahliegen, weil zwei Vorbedingungen dafür
fehlen, nämlich Kräfte und Geld. Ueber die Gewerkschafts-
presse ist kaum ein Wort zu verlieren. Man lese sich diese nur einmal
an. Ein halbes Duzend der führenden Gewerkschafts-
blätter leisten Hervorragendes. Alle anderen schreiben oder
drucken einfach nach. Das wäre an sich noch kein Schaden; denn es
ist viel besser, man druckt etwas Gutes nach, als daß man selbst
unwesentliches Zeug schreibt und druckt. Aber die Kosten! Dieselbe
Zeitung statt einmal, 63mal von neuem gesetzt und gedruckt
ist eine Geldvergeudung, die sinnlos ist.

In der Agitation sieht es nicht besser aus. Besonders in
der Provinz. In Provinzhäupten erlebt man es fast jeden Sonn-
tag, daß 5, 6 und noch mehr verschiedene Gewerkschaftsbeamte
aus der Provinzialhauptstadt kommen, um dort Versammlungen
abzuhalten, zu konfizieren und zu beraten. Einer würde die
Sache ebenso gut machen. Und dann hätte man nur einmal
das teure Bahngeld gezahlt, nur einmal Diäten. Aber bei
unierer Zersplitterung gahlen wir das Vielfache, und oft hat noch
ebendrei einer der Agitatoren gegen den andern aufgestellt. Un-
fug und Intriguen sind in die Arbeiter hineingetragen. So
sehen wir, daß unsere gegenwärtige gewerkschaftliche Organi-
sationsform dem klassenorganisierten Unternehmertum gegenüber
nicht nur in das Hintertreffen geraten ist, sondern wir müssen
auch feststellen, daß sowohl die Beiträge wie auch die Kräfte der
Arbeiter sehr unökonomisch verwendet werden.

Wir halten dafür, daß die zuständige Stelle, und das ist der
Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, sofort die Initiative er-
greife und Schritte unternimmt, um die Organisationsplitter zu
Industrieverbänden zusammenzufassen.

Doch darüber hinaus erscheint auch der Industrieverband nicht
in allen Fällen zeitgemäß. Neben dem Arbeitgeberverband kann sich
wirksam nur der einheitliche Arbeitnehmerverband behaupten.

Der Weg zur Einheitsorganisation der Arbeiter ist
lang. Es soll nicht verkannt werden, daß eine große Reihe von
Hindernissen diesem Bestreben im Wege stehen. Alle Anstrengungen
und Liebesleistungen spielen dabei ebenso eine Rolle, wie die Be-

fürchtung, daß eine Einheitsorganisation zur Schematisierung und
Erstarrung der ganzen Arbeiterbewegung führen müßte. Selbst
Personenfragen spielen hier hinein und beeinflussen die Entwick-
lung. Um so mehr ist die im Fluße befindliche Bewegung, aus den
kleinen Organisationen Industrieverbände zu schaffen, mit allen
Mitteln zu fördern. Diese Industrieverbände haben in letzter Zeit
einen Vorläufer durch die Betriebsräteorganisation erhalten. Die
63 jetzt bestehenden gewerkschaftlichen Verbände nach dem Muster
der fünfzehn Betriebsrätegruppen zu Industrieverbänden zu-
sammengefaßt, würden einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege
zur Zentralisation der Arbeiterbewegung bedeuten.

Die Beitragshöhe, die gegenwärtig bei den einzelnen
Verbänden stark differiert, ist ebenfalls ein arger Mibstand, ebenso
sind die unterschiedlichen Leistungen der einzelnen Verbände eine
ständige Quelle von Mißstimmungen und Reibereien unter den
Arbeitern. Möglichst gleichmäßig hohe Beiträge und Leistungen
der 10 bis 15 Industrieverbände herbeizuführen, dürfte keine großen
Schwierigkeiten verursachen. Bei den 63 verschiedenen Berufs-
verbänden erscheint ein solches Beginnen schier ausgeschlossen.

Was die Angestellten in den Verbänden betrifft, so glauben
wir nicht, daß ihre Zahl bei der Zusammenfassung zu Industrie-
verbänden oder zu einem einheitlichen Arbeitnehmerverband her-
abgemindert werden könnten. Das ist auch nicht erforderlich. Aber
eine bessere Ausnützung der Arbeitskräfte wäre ohne Schwierig-
keiten zu erreichen. Insbesondere aber wäre es möglich, zu spe-
zialisieren und den Angestellten besser an den seinen Fähigkeiten
entsprechenden Platz zu stellen. Den Agitator und den Verwal-
tungsbeamten vereinigen nur wenige Menschen in einer Person.
In fast allen Gewerkschaften aber finden wir gegenwärtig den
Zustand, daß der Angestellte zugleich Kassensführer, Verwaltungs-
leiter und Propagandist sein soll. Der eine oder der andere Zweck
kann ihm übertragenen Funktionen leidet auf Kosten des andern,
aber aber, es kommen alle Gebiete zu kurz. Hier liegt das Ge-
heimnis, warum insbesondere die kleinen Organisationen, die sich
mit einem Angestellten behelfen müssen, so schlecht vorwärts kom-
men. Diesem Uebelstande könnte bei der Zusammenfassung der
Gewerkschaften zu Industrieverbänden, mehr noch bei der einheits-
lichen Arbeitnehmerorganisation, radikal abgeholfen werden. Der
Austausch der Angestellten ließe sich dann leicht ermöglichen, und
der einzelne Angestellte wäre nicht Angestellter des Schuhmachers,
Schneiders usw. Verbandes, sondern er wäre Angestellter des In-
dustrieverbandes bzw. der Arbeiterorganisation, und könnte dort
hin gestellt werden, wo er seinen Fähigkeiten nach hingehört.

Die äußere Spitze, die sich die Gewerkschaften gegenwärtig im
Bundesvorstand gegeben haben, kann von sich mit Recht behaupten,
Großes für die Arbeiterbewegung, insbesondere für die Entwicklung
der gewerkschaftlichen Organisation, geleistet zu haben. Daraus
aber zu folgern, daß Änderungen und Umformungen, weil der
Erfolg in die Augen springend ist, nicht notwendig wären, wäre
ein großer Fehler. Und nicht bezweigen pläbieren wir für die
Schaffung der Industrieverbände und eine einheitliche Spitze, weil
die Generalkommission so glänzende Erfolge nachzuweisen hat,
sondern weil wir der Ueberzeugung sind, daß bei einer kräftigeren
Zentralisation die Erfolge noch größer gewesen wären. Wir
stellen uns daher die vorläufige zukünftige Organisation so vor,
daß die Industrieverbände ihren Sitz an einer bestimmten Stelle,
sagen wir in Berlin, haben, daß sie bis zu einem gewissen Grade
selbständig, wie etwa das Ministerium des Innern, in ihrem
Resort arbeiten, daß aber über Fragen der Gesamtarbeiterschaft
von einer Spitzenorganisation, ähnlich der des Bundesvorstandes,
aber mit weiter gestreckten Befugnissen, zu beraten und zu be-
schließen ist. Von dieser Spitzenorganisation sind die Kassens-
schäfte, die Statistiken, die sozialpolitischen Aufgaben, die An-
stellung der Beamten usw. zu erledigen.

Wir sind uns wohl bewußt, mit diesen Anregungen keine ferti-
gen Vorschläge für die Umformung der Gewerkschaften gegeben
zu haben. Wir stehen aber mitten im gewerkschaftlichen Leben und
fühlen jeden Tag von neuem die Unzulänglichkeit der bestehenden
Organisationsformen. Wir sehen auf der andern Seite, wie das
Unternehmertum uns in bezug auf Zentralisation der Organi-
sationen weit überflügelt hat, und halten uns daher für verpflichtet,
die unstrittbar vorhandene Bewegung der Gewerkschaften zu einer
Einheitsorganisation vorwärts zu treiben.

R. J i m m e r m a n n - R ö n i g b e r g i. Fr.

(Zwischen hat der A. D. G. W. bereits eine Kommission ein-
gesetzt, an der auch unser Kollege W ü n t n e r teilnimmt, die für
die Industrieverbände, etwa nach den 16 Industriegruppen des Be-
triebsrätekongresses die Unterlagen schaffen soll. Öffentlich
kommen wir aus dem Stadium der jährgehörigen „Erwägung-
en“ und Resolutionen nun endlich zur praktischen Arbeit
D. Röh)

Reichs'agsdebatte über den Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter.

Die Deutschnationale Fraktion des Reichstags hatte eine Interpellation (Anfrage an die Regierung) über den Berliner Elektrizitätsstreik eingebracht, über die am 26. November verhandelt wurde. Wir geben nachstehend im Auszuge die wichtigsten Reden wieder. Die Interpellation begründete

Hdg. **Verndt** (Dnt. V.): In dem Reichsland herrschenden Zuständen wäre es nicht gelungen, wenn die maßgebenden Stellen rechtzeitig und entschlossen ihre Nachmittel angewandt hätten. Die Regierung hat ihre Energielosigkeit bewiesen; statt zu handeln, hat sie sich zu sehr von dem Berliner Magistrat abhängig gemacht. Die Technische Kommission wurde nicht rechtzeitig eingesetzt und zu spät wieder zurückgezogen. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November wurde nicht sofort durchgeführt, sondern der Berliner Magistrat beließ es bei einer Ansetzung und Friststellung an die Streikenden bis 11. November. Die Bevölkerung verheißt nicht, warum nicht sofort gegen die Streikenden vorgegangen wurde. Was ist gegen die unternommen worden, die die Wahrscheinlichkeit entfernen haben? Zur Beseitigung der außerordentlichen Erzeugung und Ursache in der Bevölkerung muß die Reichsregierung auch darüber Anstalten geben, wie in Zukunft die Bevölkerung die Gemüthsruhe erhält, daß eine Wiederholung derartigen furchtbarer Zustände ausgeschlossen ist. Man betrachte die katastrophalen Folgen dieses wilden Streiks: die Wirkung auf unsere Politik war verhängnisvoll. Es kann man nur handeln, wenn man sich nicht auf die Erklärung des Reichs hinberuft. Wir verlangen strenges Eingreifen des Staates und begrüßen deshalb die Verordnung des Reichspräsidenten, die unter allen Umständen aufrechtzuerhalten werden muß. Wir verlangen Verstärkung der Besatzung und ihre Ausdehnung auf Verkehr und Landwirtschaft, denn nur so können wir aus dem Chaos herauskommen.

Reichsminister des Innern **Koch**: Der Streik war von Sabotageakten begleitet, die große Gefahr für die Kranken und großen Materialschaden hervorriefen. Die Reichsregierung wird ähnliche Streiks auf Grund der Verordnung zu verhindern wissen. Die Technische Kommission ist organisiert und wird weiter angebahnt. Dabei hofft die Regierung, daß wilde Streiks durch den Willen der besonnenen Arbeiter selbst erstickt werden, deshalb beschränkt sich die Verordnung auf die lebensnotwendigen Betriebe, und muß die zur gesetzlichen Regelung durch ein daß dem Hause zugehörnde Schlichtungsgesetz aufrechtzuerhalten bleiben. Das Verfahren gegen Schlichtungsgesetz aufrechtzuerhalten bleiben. Das Verfahren gegen Schlichtungsgesetz aufrechtzuerhalten bleiben. Das Verfahren gegen Schlichtungsgesetz aufrechtzuerhalten bleiben. Das Verfahren gegen Schlichtungsgesetz aufrechtzuerhalten bleiben.

Hdg. **Carstfeld** (Soj.): Die Herren Deutschnationalen haben kein Recht abfällig über den Elektrizitätsstreik zu urteilen, ganz gleich von welchem Standpunkte aus immer. Geschick er aus europäischen Nationen, so muß die Rechte schweigen, denn ihre Vertreter sind den Arbeitern feindlich mit solchem Beispiel vorgegangen. Geschick er dagegen aus politischen Motiven, dann mögen sie erst recht schweigen und sich der Charakter in ihren Reihen erinnern, die mit Gegenmaßnahmen drohten und ihre wirtschaftliche Funktion als politische Klasse kennen mußten. Die nichtableitenden Charakter waren es, die die hungernde Arbeiterklasse zur Bewusstseinsbildung brachten. Meine Partei tritt dafür ein, daß die Verordnung der Reichsregierung wieder außer Kraft gesetzt wird, und wenn was irgend etwas darin bekräftigt würde, dann ist es der Unfall des Landvolkes zum Vorteil. Der Rapp-Bund hat bewiesen, wie notwendig ein Generallstreik sein kann zur Niederwerfung eines Reichspräsidenten. Wir sind natürlich auch aus schärfste gegen die Angriffe der Rechten auf Erweiterung der Verordnung. In einer sozialistischen Gemeinde wäre es doppelte Pflicht der Elektrizitätsarbeiter gewesen, sich an einen Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitersinn zu wenden; auch **Wollhoffmann** hat im Kautsk vom 2. Januar 1919 auf diese Pflicht gegenüber sozialistisch getriebenen Gemeinwesen hingewiesen. Die Kommunisten propagieren zwar fortwährend die Berechtigungsrechte und verweigern auf das beschwerliche Paradies, verneinen aber durch solche Streiks bei Vermindeung der Kaufkraft des Geldes das Glück der Arbeiter und machen sich damit zu Handlungern der Reaktion. Nach einer Reihe solcher Streiks und verlorener Lohnbewegungen und der Kapitalismuskrisis triumphiert. Wir treten für die Aufhebung der Verordnung ein, weil sie im gegenwärtigen Augenblick keine Wirksamkeit hat. Die Forderung der ihren Gehörlosen eine Erklärung erteilen, daß sie die Unterstützung zum Generallstreik nicht billigen, vorausgesetzt, daß dieser Streik nicht als Mittel der gesamten Arbeiterklasse zu einer Ver-

fahrung wirtschaftlicher Verbesserung aufzufassen ist. Der Arbeiter werde sich dann gegen die Verletzungen der freien Gewerkschaften, im Takt mit dem Berliner Magistrat besondere Verfügungen für ihre Mitglieder durchzusetzen. Wir werden nur dann für die Aufhebung der Verordnung stimmen, wenn zugleich der Abänderungsantrag Schiller angenommen wird, wonach diese Aufhebung erst erfolgt nach Einführung des obigen, schon Schiedsgerichtsvorschlags.

Hdg. **Brühl** (N. Soj.): Der Streik entstand aus dem natürlichen Bestreben der Arbeiterschaft, für die zunehmenden Lebensbedürfnisse einen Ausgleich zu finden. Das sozialistische Gemeinwesen Berlin ist insofern des Kriegsbauernot nicht in der Lage, allen Forderungen gerecht zu werden. Es sind nur Schwächer und Christane, die einen neuen Streik aufzuzwingen und mit denen wir nicht zu tun haben. Es wäre notwendig gewesen, eingehend zu prüfen, ob die Stadtgemeinde auch in der Lage war, den Beschwerden nachzugehen. Alle diejenigen, die über die Elektrizitätsarbeiter verfallen, müssen überzeugt werden, daß sogar laut Enden-Rückführungen die gelebten Arbeiter sehr doppelt so schwer als vor dem Kriege sind, denn das Kohlenmaterial ist jetzt das wertbarste Gut. Wenn nun die Forderungen der Arbeiter von Woche zu Woche hinausgeschoben werden, dann mußte auch die Erzeugung in demselben Maße wachsen. Es waren von vornherein Bemühungen da, die ungehindert friedlich zu lösen. Wir haben die Überzeugung, daß es den **Geueren** der Gemeinde Groß-Berlin eine Freude war, daß die sozialistische Gemeinde in diese Lage kam. Das schlimmste ist, daß die Streikführer nicht in der Lage waren, einen rein wirtschaftlichen Streik zu führen, sondern wie Dynamiteure ihre eigenen Ideen durchzuführen. Die Technische Kommission ist nur eine Streikobergarde. Die Regierung hat nichts unternommen gegen den Streik der Landwirte in Königsberg, der viel gefährlicher ist, als wenn in Berlin das Gas abgebrochen ist oder die Elektrische drei Tage nicht fährt. Wenn man dem Streik gar einen Kautskantrag zuschreiben will, dann erinnere ich an die Schlichtung des „Polenstreiks“, der vor einigen Wochen Berlin als vollständig handlungslos hingelassen hat.

Hdg. **Walsch** (Dnt. N.-E.): In Moskau hat man die Notfälle anzuordnen lassen. Es war nicht Not als Hilfe, 120 Schulfrauen im Alter von 12 bis 18 Jahren hat man in das Moskauer Kremel geschickt. Je drei haben sich an einer Kohlenkammer halten müssen. Ein Einbruch war ein natürliches Zeichen. Walsch hat die Idee der erdrückten Stunde vor. Erst durch Eingreifen der Regierung ist die Kohlenkammer zu einem politischen Streik geworden. Diese Verordnung war ein Eingriff in die Konstitution, eine Gewaltmaßnahme schlichter Art und Aufgabe der Gewerkschaften wäre es gewesen, der Regierung den stärksten Kampf anzufangen. Bei dieser Gelegenheit will ich mit aller Deutlichkeit sagen: wir Kommunisten haben die Gewerkschaften nicht gestiftet, sondern sie zu revolutionären Massenorganisationen machen, damit die Deutschnationalen sie nicht wieder lösen können. Walsch hat erwähnt meinen Parteitag in Moskau, der in der Stadtverordnetenversammlung mit neuem Streik gebrochen habe. Warum hat er nicht hinzugefügt, daß die hinterhältige Verletzung von 32 Arbeitern ihm den Anstoß gab. Wenn diese Vorgehensweise nicht zurückgenommen werden, werden wir die Arbeiter zur Solidarität anrufen. Die Reichsregierung, die ja der Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft ist, hat durch Walsch Koch erklären lassen, daß sie bereit ist, den Wunschstreik der Deutschnationalen zu erfüllen, die Konstitutionstreik mit besonnenen Gemeinmaßnahmen zu unterstützen. Erklären Sie mir immer auf die Arbeiter ein, sagen Sie mir immer, die Kommunisten sind. Die Arbeiter werden in der Stunde der Gefahr ihre Freunde schon erkennen.

Regierungsminister **König** wie die Angriffe auf die Technische Kommission als unbegründet zurück. Sie habe ihren Dienst in der vollkommenen Weise erfüllt. Die wenigen Verletzungen, die von Seiten der Technischen Kommission angetrieben wurden, können in gar keinem Verhältnis zu dem Mißgeschick, der durch den Elektrizitätsstreik verursacht wurde. Die Technische Kommission genießt den Schutz der Regierung und wird auch in kommenden Fällen wieder ihre Pflicht tun.

Hdg. **Sawereng** (Dnt.): Meine Partei billigt die Einschränkungen des Reichspräsidenten. Wir hoffen, daß die Regierung Taten setzen kann wird. Die Regierung hätte großen Ernst als gemeindefählichen Menschen andere Schritte unternommen und ihn wenigstens solange aus der Gesellschaft ausschließen sollen, bis das Verbot geklärt ist. Wir wollen gern an der Einleitungsordnung weiter arbeiten, weil wir dabei einen Schritt zur Versöhnung tun können. Der Vorkauf eines weiteren Generallstreiks muß die Folge abgebrochen werden. Eine solche Regierung braucht den Generallstreik nicht zu scheuen.

Hdg. **Wegand** (Soj.): Die ganze Interpellation ist nur ein Mittel zur Bekämpfung der Rechten entstanden. Deshalb behaupte ich die Haltung des **Walters Koch**, der sich sofort auf den Boden dieser Interpellation stellte. Die Verordnung war damals notwendig, heute, wo wieder Ruhe herrscht, ist sie überflüssig geworden und deshalb müßte es sein, daß sie gerade im Interesse der Sicherheit aufgehoben wird. Es geht immer die Gefahr, daß diese Verordnung gegen die Arbeiterklasse angewandt wird. Aber was hat sich dann gegen **Hdg. Walsch** und nicht darauf hin, daß die Aufklärung der Arbeiterschaft und nicht die gegenseitige Bekämpfung des Gutes der Stunde ist. Die Arbeiterklasse der äußeren Einflüsse werden endlich einsehen, daß sie durch die Forderung nur der Reaktion in die Hände arbeiten ließen einsehen, daß sie nur im Zusammenarbeiten mit den sozialistischen Gruppen etwas für das Volk

der Arbeiterschaft erreichen. Das wissen auch die alten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und darum verweigern sie den Kommunisten die Mitgliedschaft, die diese hauptsächlich bei den ehemals Weiblen und Nichtorganisierten finden. Wir verlangen von der Regierung, daß sie keine Gewaltspolitik treibt, sondern Einsicht und Verhandlung für die Forderungen und Räte der Arbeiterschaft zeigt, wie dies der Berliner Oberbürgermeister Vermuth in so hervorragendem Maße getan.

Hg. Dr. Moser (N. C.): Wir haben aus unserer Betrachtung dieses Streits keinen Hehl gemacht. Aber gerade diese "andere Stellung zum Streik" zwingt und dazu, gegen die maßlosen Nebenrechnungen und Berechnungen, die gerade dieser Streik — was ja übrigens meißend bei Streiks der Fall ist — geschieht, auf das schärfste Stellung zu nehmen. In der Protokollversammlung der Demokraten wurde davon gesprochen, daß durch diesen Streik die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere die gesundheitlichen Krankheitszustände, die Krankenhäuser usw. auf das allerschwerste gefährdet und der Tod zahlreicher Säuglinge bedroht werden würde. Da einmal in derselben Versammlung die Frau Stadtrat Frau Rathmann nach dem Bericht des "Berliner Tageblatt" ein "erschütterndes Bild von der Zunahme der Säuglingssterblichkeit" infolge des Streiks zeigte. Was ist Wahrheit? Der Gemeindevorsteher von Weiskopf, auf den Direktor des Säuglingsheims in Weiskopf, Professor Krüger, aufgefordert, sich zu dieser Mitteilung in der Öffentlichkeit zu äußern. Professor Krüger erklärt alles für unwahr. Hier wird also eine der größten Lügen, die durch die Presse gingen, als solche festgestellt. Nun hat auch der Herr Minister noch getrunken die Behauptung aufgestellt, daß Kräfte wegen des Streikerechts bringende Operationen nicht hätten vornehmen können und wörtlich hinzugefügt: "Sogar Todesfälle sind infolge dessen eingetreten". Ich fordere den Herrn Minister auf, den Beweis der Wahrheit für diese Behauptung zu bringen. Ich hoffe, daß er dazu nicht in der Lage ist. Wohlgerichtet Todesfälle, bei denen Kräfte und Operateure die Erklärung abgegeben, daß diese Todesfälle eingetreten seien, weil sie nicht in der Lage gewesen, die lebenserhaltende Operation wegen Mangels an elektrischem Licht vorzunehmen. Glauben Sie, daß ein Arzt, wenn er in eine Proletarierwohnung gerufen wird, wo kein elektrisches Licht brennt, was manchmal nicht einmal Gas vorhanden ist, wenn er sich um Leben und Sterben handelt, auch nicht beim Schein einer Petroleumlampe oder eines Ständes Licht bringende Operationen, z. B. in der Geburtshilfe, vornehmen muß? Ich sehe nicht an, zu erklären, ich würde jeden Arzt oder Operateur, der behauptet, er habe lediglich aus Mangel an elektrischem Licht eine Operation nicht vornehmen können, so daß der Tod des Patienten herbeigeführt sei, den Vorwurf ins Gesicht schmeißen, daß er sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht habe. Ich werde die Frage auf, ob auch in jenen Tagen in den zahlreichen Privatkliniken

und Sanatorien des Weidens irgendwem im Punkte der Behandlungsergebnisse ernüchternde Vorlesungen abgewiesen wurde und Mangel an elektrischem Licht, oder ob nur einer der Insassen jener Anstalten dem Schrecken vorzeitiger Ermittlung oder verbotener Operation ausgesetzt gewesen wäre? Wie sind jetzt glücklich (soweit gekommen, daß in den Augen der bürgerlichen Parteien jeder Streik als ein Verbrechen angesehen wird. Bei Bürgerblumen, ja: "Dauer, das ist ganz etwas anderes!" Wir haben ja erst vor wenigen Tagen durch die "Freiheit" von einem vertraulichen Rundschreiben des Bürgerrats von Groß-Berlin Kenntnis bekommen, daß Bürgerrat, an dessen Spitze der Herr Baumbach und Konrad a. D. Salomon Marx steht, er erklärt darin, daß er alle Vorbereitungen für den Bürgerstreik getroffen habe. Wegen die Propagierung eines solchen Bürgerstreiks haben jene Kräfte nichts einzusetzen. Im Gegenteil, sie begrüßen uns unterrichten ihn, der seine Spitze finden soll in dem schon des Sterben durchgeführten und gestern und heute erwähnten Kräfte Streik, durch den Kranke und Säuglinge weit mehr gefährdet sind, als durch einen Streikerecht. Wie haben wir genug schon Proben von diesem Kräfte Streik zu sehen bekommen, was gewirkt, einem Kräfte Streik aus rein politischen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen, in Belgien, in Halle, in Stuttgart, in Düsseldorf, in Bremen und anderen Orten. Das meine ich Samstag treiben an der Volksgesundheit in einem Augenblick, wo diese Volksgesundheit so viel am Boden liegt. Samstag treiben von demjenigen, die sich immer als die berufenen Vertreter der Volksgesundheit hinstellen. Hat man sich doch nicht getraut aufzufordern, wie es wörtlich heißt: "das ärztliche Streikrecht mit aller Schärfe gegenüber den streikenden Arbeitern und deren Angehörigen auch im Falle der Operation und sonstiger bringender Kräftebehandlung auszuüben." In den ärztlichen Kreisläusen sind wahre Jubelstürmen auf den Kräfte Streik erschienen, und in den "ärztlichen Mitteilungen" ist sogar vor einiger Zeit ein Artikel erschienen unter dem charakteristischen Überschrift: "Kräfte Streik zum Schutze der Volksgesundheit". In Belgien hat man Richtlinien für diesen Kräfte Streik aufgestellt. Diese Richtlinien lauten: "1. Verschlingen auf Besuche in den Wohnungen der Kranken werden nicht angenommen. 2. Jede amtliche Tätigkeit als Beispiel, als Schul-, Armen-, Leichenschauzucht usw. ist zu unterlassen. 3. Keinerlei Ausstellung von Kräfte Streik, wie Wohnungsmittelzeugnissen, Krankengeldscheinen, Totenscheinen usw. ist zu unterlassen. 4. Nach geburtsärztliche Fälle sind abzuweisen." Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wo ist das Maß Ihrer Entzückung gewesen, als diese Dinge in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Ich habe absichtlich diese beiden Streiks gegenübergestellt, damit Sie aus dieser Gegenüberstellung die ganze soziale Schwere und das Pharisäertum gewisser Kräfte deutlich erkennen können. Das Ministerium hat im Etat für die Technische Rosthilfe als einseitige

Die Gewerkschaften seit der Revolution.

Der November 1918 bedeutet in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung keinen minder tiefen Einschnitt wie in der deutschen Geschichte überhaupt.

Neuer Aufstieg erschloß sich den durch den Krieg mehr oder weniger geschwächten und zurückgeworfenen Verbänden. Die Millionen, die der Krieg ins Feld gerufen und der gewerkschaftlichen Beeinflussung entzogen, fluteten wieder zurück in Werksstätten und Kontore, in die Werbebezirke der Gewerkschaften. Der Übergang der politischen Macht an die Parteien des Proletariats rüttelte die Massen auf, zeigte ihnen neue Möglichkeiten, durch geschlossenes Vorgehen ihre Interessen durchzusetzen, drängte ihnen mit Allgewalt den Gedanken der Organisation auf. Und neue Freiheiten der Betätigung eröfnete der Sturz der alten, die Arbeiterbewegung mit ihren Frauen betrachtenden, mit allen möglichen Schikanen verfolgenden Gewalthaber.

Indessen fehlte es auch nicht an Hindernissen, die sich dem Weg zu neuer Macht entgegenstellten. Der 9. November hatte dem Proletariat die politische Herrschaft in die Hände gespielt. Aber es hatte sie weniger der eigenen Kraft zu danken als dem absoluten Bankrott, dem Nicht-mehr-Können des alten Systems. In einer denkbar ungünstigen Situation gelangte das Proletariat zur Macht: die Erblichkeit, die es antrat, war durch und durch zerrüttet, es selbst war gespalten und schlecht genug vorbereitet. Eine starke, überzeugende Politik zu treiben. Gerade der innere Haß in der Arbeiterbewegung, die Selbstzerfleischung des Proletariats mußte dahin wirken, daß die Parteien, die das alte Regime gestützt hatten und an der kapitalistischen Wirtschaft festhielten, so verhältnismäßig rasch wieder zu Kräften kamen, mußte der Anach werden, daß der 19. Januar 1919 eine bürgerliche Stimmenmehrheit ergab, daß in der Koalitionspolitik, die nun unter Beteiligung nur eines Flügels der Sozialdemokratie und unter heftigem Protest des andern begann, der sozialistische Einfluß nicht stärker war. Das Unternehmertum blieb als gewaltiger Machtfaktor im Wirtschaftsleben, die Sozialisierung der Produktion stieß in den dürftigsten Anfängen, und auch in der Sozialpolitik machten sich die hemmungen kapitalistischer Interessen immer wieder geltend. Dazu kam, daß die durch den Krieg und den Zusammenbruch heraufbeschworene wirtschaftliche Zerrüttung natürlich nicht ohne weiteres überwunden werden konnte, sich vielmehr erst allmählich in

Ihrer ganzen Schwere bemerkbar machte. In ihrer Gefolgschaft stand eine unerhörte Entwertung des Geldes. Sie bedeutete eine empfindliche Verarmung der Gewerkschaften.

Das Ergebnis dieser Vorbedingungen der gewerkschaftlichen Entwicklung in der nachrevolutionären Epoche war zunächst einmal eine gewaltige Steigerung der Mitgliederzahlen aller Verbände. Im Februar 1919 mußerten die der Generalkommission angeschlossenen Organisationen, die bei Kriegsbeginn rund 2,5 Millionen Mitglieder gezählt hatten und im Laufe des Krieges bedeutend zurückgegangen waren, bereits wieder mehr als 3 Millionen, und beim Jahreswechsel 1919/20 umfaßten sie nicht weniger als 7 1/2 Millionen Mitglieder, davon der Metallarbeiterverband allein 1,6 Millionen, der Landarbeiterverband (der im Kriege bis auf 8000 Betreue zurückgesunken war) 650 000, der Transportarbeiterverband 540 000, der Textilarbeiterverband 450 000, der Bauarbeiterverband 430 000, der Eisenbahnerverband (1916 mit 841 Mitgliedern gegründet) 400 000 Mitglieder, der Gemeindearbeiterverband 270 000 Mitglieder usw.

Als nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes die gewerkschaftlichen Zentralverbände sowie Bewegungsfreiheit erhalten hatten, um in eine gewisse organisatorische Verbindung miteinander zu treten, ließ es die Rücksicht auf das Vereinsrecht doch noch geraten erscheinen, diese Verbindung ganz lose zu gestalten und sich mit der Einrichtung der allgemeinen Gewerkschaftsversammlung, der von ihnen zu wählenden Generalkommission und loteren örtlichen Kreisläusen zu begnügen. Die Revolution machte empfindlich die Fahn frei für die Schaffung eines festeren Zusammenchlusses: so beauftragte der Nürnberger Gewerkschaftstagskongress im Sommer 1919 den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (A. D. G. B.). An die Stelle der Generalkommission trat der Bundesvorstand, aus den Konferenzen der Verbandsvorstände wurde der Bundesausschuß, die Ortsstellen wandelten sich in Ortsausschüsse des Bundes.

Die Zahl der dem Bunde angeschlossenen Zentralverbände erhöhte eine Mehrzahl durch den Anschluß von Mitgliedern neuer, zum Teil erst jetzt entstandener Organisationen. Aber sie verminderte sich gleichzeitig durch eine mit erneuter Stärke einsetzende Konzentrationsbewegung.

Im inneren Aufbau der Verbände suchten gelegentlich Fanatiker der "Rätebewegung" diese als neues "revolutionäres" Prinzip zur Geltung

Ausgabe den Betrag von 25 Millionen ausgemerzt. Ich frage den Herrn Minister des Innern, ob er nicht auch gewillt ist, bei einem etwa einsetzenden Kriegsdienst einige Millionen dem Etat als Reserve auszumerken? Rufen wir uns doch nicht, diese Interpellation soll um diese Namen, ein neues Streitstandsmaßregeln gegen die Arbeiterschaft vorzubereiten. Die Arbeiterschaft muß auch aus diesem Staat die Lehre ziehen, daß sie ihre Kraft nicht in einzelnen Aktionen veräußert. Siehe Sie (nach rechts und zur Regierung) doch einmal die Karte Hans Koenen gegenüber und den Organelementen gegenüber, den Sicherheits- und Konjunktur, den Reichswehrminister! Die neuen Jansen ist alle auf der Nase herum. Der Kurs unserer moralischen Valuta ist viel tiefer gesunken als der Kurs unserer Markt. Diese moralische Valuta im Werte zu setzen das wäre eine Aufgabe, des Schwelgers der Folgen in unserer Regierung wert. Hier können Sie Ihre Kraft setzen. Hier können Sie beweisen daß die Staatsmänner großen Eins sind, die den neuen Geist des Reich verstanden haben und diesen neuen Geist nicht mit den Mitteln einer zugrundegegangenen Epoche fördern.

Am 30. November fanden dann die Abstimmungen statt. Der Antrag Müller (Sag.), der die Verordnung billigt, jedoch ihre nunmehrige Aufhebung fordert, wurde abgelehnt. Ein Antrag Raigabn (Sag.) forderte sofortige Aufhebung der Verordnung. Dazu hatte Schaffer (Dem.) einen Zusatzantrag gestellt, der die Aufhebung erst mit Inkrafttreten eines obligatorischen Schlichtungsbüros verlangte. Dieser Zusatzantrag wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Darauf zog Abg. Watzahn seinen Antrag zurück, den Abg. Schaffer nun von sich aus annahm. Er wurde nun mit 174 bürgerlichen gegen 143 sozialistische angenommen. Sonach bleibt also die Verordnung bis zum Inkrafttreten des obligatorischen Schlichtungsbüros bestehen. Im übrigen sei auf den Beizartikel in dieser Nummer verwiesen.

Das eben ist der unterscheidende, scharf festzuhaltende Charakter der Arbeit in früheren Gesellschaftsperioden, daß man da als zunächst für den eigenen Bedarf produzierte und den Ueberfluß abgab, das heißt vorherrschend Naturalwirtschaft trieb und doch ist wieder der unterscheidende Charakter, die spezifische Bestimmtheit der Arbeit in der modernen Gesellschaft, daß jeder nur produziert, was er durchaus nicht braucht, das heißt, daß jeder Tauschwert produziert, wie früher vorherrschend Nutzwert.

Ferdinand Lassall.

zu bringen. Im übrigen beschränkte sich der Verfassungsreform-Gier im wesentlichen auf eine größere Demokratisierung der Verbandseinrichtungen, Zurückdrängung des Beamtenelements in den Ausschüssen oder Beiräten der Verbände, Durchführung der Urwahl für die Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen u. dgl. mehr.

Während alten, jahrzehntelang erstrebten Forderungen hatte die durch den Zusammenbruch des alten Systems bei den wirtschaftlichen Nachhabern ausgelöste Angststimmung den Arbeitern fast hilflos erfüllt. Die Anerkennung der Organisationen, des Achtstundentages usw. wurde von den Arbeitgeberorganisationen ohne weiteres zugestanden. Andere Wünsche, die man bis dahin kaum ernstlich zu erheben gewagt, rückten jetzt wenigstens in den Kreis des Erreichbaren. Aber es galt, um sie noch mehr oder weniger hart zu ringen.

Besonders erregte der Kampf um die für die Bergarbeiter zu verlangende Arbeitszeit die Gemüter. Daß bei allgemeiner Anerkennung des Achtstundentages die Bergarbeiter bei ihrer besonders schweren Arbeit unter Tage eine kürzere Schichtdauer beanspruchen konnten wurde allgemein anerkannt und von den Bergarbeitern wenigstens war prinzipiell auch keiner gegen die Forderung der Sechsstundenschicht. Aber die Leitung des Verbandes und die Mehrheit seiner Mitglieder beugte sich den Gründen, die im Hinblick auf Produktionsminderung und Förderkosten gegen eine sofortige und in Deutschland allein vorgenommene Schichtverkürzung auf 6 Stunden vorgebracht wurden, um sich einstweilen auf die Durchlegung der Siebenstundenschicht zu beschränken.

Unter der Führung der Gewerkschaften gelang es, endlich dem Trinkgeldewesen im Kellnerberuf fast ganz ein Ende zu bereiten, den Alkoholgehalt wesentlich einzuschränken und fast allen Arbeiterkategorien ansehnliche Lohnerhöhungen zu erringen. — Freilich — worauf schon hingewiesen wurde — die rapide, ungeheure Verteuerung des Lebensunterhaltes machte diese Lohnerhöhungen in der Regel sehr rasch wertlos, so überflügelte sie oft genug.

Mit besonderem Eifer nahmen sich die Gewerkschaften neuerdings der Bekleidungsfrage an, stellten genaue Richtlinien auf, um eine angemessene Vorbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu sichern, und erzielten auch in zahlreichen Tarifverträgen wichtige Verbesserungen für den jungen Nachwuchs. Ebenso gewann der Kampf gegen die Heimarbeit mit ihren Gefahren für die Gesundheit der heimlichen Töchter und ihren Schäden für die gesamte Arbeiterschaft neue

Erster internationaler Gewerkschaftskongress.

I

In der Woche vom 21. bis 27. November 1920 tagte in London der erste Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Zu Beginn des Kongresses wurde mitgeteilt, daß der Präsident, der A. G. E., der Generalsekretär des englischen Gewerkschaftsbundes Appleton, von seinem Posten zurückgetreten sei. Am meisten wurden seine alten Freunde überrascht, als Comper in Amerika aus innerpolitischen Gründen seinen Briefwechsel mit Appleton veröffentlichte. Aus diesem geht hervor, daß Appleton vollständig nach der Richte Comper's tanzte und besonders entriestet war über die revolutionäre und sozialistische Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. So fiel Appleton's Rücktritt auch zeitlich zusammen mit heftigen Presseangriffen von Comper's auf den Internationalen Gewerkschaftsbund und der Erklärung, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich nicht als angegeschlossen betrachten.

Dem Kongress wohnten folgende Delegationen bei:

England: Rat Komitee des Gewerkschaftskongresses 6 500 000 Mitglieder (7 Delegationen), Gewerkschaftsbund 1 600 000 (8). Deutschland: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund 3 500 000 (12), Frankreich: Confédération Générale du Travail 1 500 000 (13), Belgien: Gewerkschaftsbund 700 000 (9), Dänemark: Gewerkschaftsbund 300 000 (5), Norwegen: Gewerkschaftsbund 150 000 (6), Schweden: Gewerkschaftsbund 201 000 (4), Holland: Nederlandsche Verb. d. van Vakverenigingen 240 000 (8), Italien: Confederazione Generale del Lavoro 2 300 000 (5), Österreich: Gewerkschaftskommission 800 000 (8), Tschechoslowakei: Gewerkschaftskommission 760 000 (5), Ungarn: Gewerkschaftsrat 215 000 (2), Schweiz: Gewerkschaftsbund 25 000 (1), Lauenburg: Gewerkschaftskommissionen 27 000 (2), Spanien: Gewerkschaftsbund 250 000 (2), Polen: Zentral-Kommission der Gewerkschaften 334 000 (3), Böhmen: Gewerkschaftsbund 774 000 (6), Kanada: Gewerkschaftskongress 260 000 (1). Zusammen 25 608 000 Mitglieder durch 96 Delegationen.

Als Gäste nahmen an den Verhandlungen teil Vertreter des deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, Albert Thoms als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf sowie eine Anzahl internationaler Berufsdeputierte. Einige der angeschlossenen

Kräfte. Die Festlegung der ersämpften Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen ließ zwar in radikalen Kreisen auf Mißtrauen und Abneigung; aber die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verstand doch, daß der Abschluß von Tarifverträgen etwas ganz anderes sei als eine Kapitulation vor dem Kapital, und so konnten die Verhandlungen, gestützt auf ihre Rechtsgültigkeit, die für tarifliche Vereinbarungen jetzt sehr viel günstigere Stimmung des Unternehmertums ausnutzen, um in zahlreichen neuen kollektiven Arbeitsverträgen auf breiter Grundlage, oft für das ganze Reichsgebiet, die Errungenschaften des Kampfes um die Arbeitsbedingungen zu sichern. So wurden vor allem auch die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter endlich tariflich festgelegt.

Wichtiger als all das wurde aber in der neuen Epoche des Streben, der Arbeiterschaft einen über die Regelung der Arbeitsbedingungen hinausgehenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu verschaffen. Die leitenden Stellen der Gewerkschaftsbewegung versuchten es zunächst, indem sie in den Tagen des Zusammenbruchs der vereinigten Unternehmerverbände nicht nur die Anerkennung des Achtstundentages, der Tarifvertragsidee, den Bericht auf eine weitere Förderung solcher Organisationen u. a. abrangen, sondern sich von ihnen auch das Einverständnis zur Schaffung von „Arbeitsgemeinschaften“ für alle Industriezweige mit bezügl. und drücklicher Gliederung und einer Zusammenfassung in einer „Zentralarbeitsgemeinschaft“ erklären ließen.

In der Arbeiterschaft fanden die Arbeitsgemeinschaften indessen keineswegs ungeteilte Zustimmung. Gegen sie pflegten und pflegten ihre Beurteiler die „Näre“ auszuspielen. In Rußland einfiel bei dem Fehlen einer starken politischen Partei und einer mächtigen Gewerkschaftsbewegung ein notwendiges Produkt der revolutionären Erhebung des Proletariats, hätten sie angefaßt der Tatsache, daß die politische Arbeiterbewegung gespalten war und die Gewerkschaften sich im großen Ganzen darauf zurückgezogen hatten, die Arbeiterinteressen im Rahmen der einmal gegebenen wirtschaftlichen Ordnung zu vertreten, auch für das revolutionäre Deutschland große Bedeutung erlangen könnten, wären sie imstande gewesen, das Proletariat über die Parteipflichter hinaus zur Durchführung einer bestimmten, aufbauenden Sozialistischen Bewegung, ohne „Machtaktionen“ und „Illusionen“ zusammenzuschließen. Gerade die „Näre“ erklärten der „Näre“ aber stellte, den Nären ganz andere Ziele — die

Länder, wie Argentinien, Jugoslawen, Peru usw., hatten aus finanziellen Gründen davon absehen müssen, Vertreter zu entsenden. Den Vorsitz im Kongresse führte der bekannte Abgeordnete und Führer der englischen Eisenbahner J. O. Thomas.

Auf eine Anfrage wegen des Aussehens der Amerikaner teilte Jimmen mit, daß die Beziehungen zu der Organisation Comperd seit dem letzten Kongreß die denkbar schlechtesten gewesen seien, auf über 50 Briefe, zum Teil äußerst wichtigen Inhalts, seien nur in vier Fällen nichtstägige Antworten eingelaufen. Die Ansicht Comperd, diesen Kongreß nicht zu besuchen, lenne man nur aus der Tagespresse, welche die Angriffe Comperd auf den Internationalen Gewerkschaftsbund verbreitete.

Sekretär Jimmen referierte dann über: „Die internationale Lage“. Er zeigte das Anwachsen der Reaktion. Das schlimmste Beispiel ist Ungarn, wo die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation ohne Prozeß zu Verhaftung, Marterung und Tod führt. In Finnland, wo die Bourgeoisie für die Erhebung der Arbeiter blutige Mäde genommen hat, sind die Verhältnisse nicht viel besser. Es handelt sich hier um Länder, in denen das Proletariat seine eigene Kraft überdauerte und dadurch den Müchschlagen durch die bürgerliche Klasse nicht gewachsen war. Auch in Spanien ist die Arbeiterklasse in verwerflicher Lage. Die bürgerlichen Freiheiten sind aufgehoben und die Arbeiter sitzen zu Hunderten im Kerker. In Griechenland und Jugoslawien sieht es ähnlich aus. Auch dort ist die Ausrottung der Arbeiterbewegung das Ziel der Reaktion. Nur in denjenigen westlichen Ländern, wo die Organisation der Arbeiter stärker ist, kann man von etwas besseren Verhältnissen sprechen. Aber sogar in Frankreich ging die Regierung nach dem letzten Exerz der Eisenbahner gegen die Beteiligten in der allerwichtigsten Weise vor. Zurzeit stehen Douhaix und seine Kollegen im Bundesvorstand der französischen Gewerkschaften unter Anklage, weil sie eine Organisation von Staatsbeamten in den Gewerkschaftsbund aufgenommen haben. Die englische Regierung ließ sich kürzlich wenigstens theoretisch die Rechte geben, bei Streiks die Führer zu verhaften und andere jeden Streik unmöglich machende Maßregeln zu ergreifen. In Amerika stand die Regierung bei den großen Kämpfen der Eisenbahner und Metallarbeiter ähnlich auf der Seite der Unternehmer. Es ist dort sogar wiederholt vorgekommen, daß die Parla-mentarische rechtmäßig gewählte Abgeordnete, die als Arbeitervertreter aufgestellt waren, einfach zur Mitarbeit nicht zugelassen

und ihnen ihre Mandate aberkannt hat. Das alles zeigt, wie rücksichtslos der Kapitalismus seine Vorrechte verteidigt. Ein gutes Beispiel dafür ist der Achtstundentag. Im vorigen Jahre wurde in Washington der Anfang gemacht mit einer internationalen Arbeiteraufsehungsgebung. Man nahm auch eine Konvention über den Achtstundentag, aber auch sie ist bis heute von den Regierungen nicht in die Tat umgesetzt, nicht latinisiert worden. So daß der Direktor des Internationalen Amtes gezwungen ist, eine Rundreise durch Europa zu machen, um die Regierungen an die Durchführung jener Abmachungen zu erinnern. Nicht einmal in den Ländern ist bisher die Starifizierung erfolgt, in denen die Arbeiter den Achtstundentag auf dem Wege der gewerkschaftlichen Aktion schon durchgeführt haben. Zugaben mehrten sich die Versuche der Unternehmer, die Arbeitstage wieder zu verlängern. Taraus geht hervor, daß die Konventionen in Washington größtenteils infolge der damaligen Furcht der herrschenden Kreise vor der Arbeiterklasse zu Stande kamen. Diese Furcht hat inzwischen eines allgemeinen Reaktionsflugs gemacht. Vielfach sogar organisiert man jetzt baumtliche Streikbrecherorganisationen mit Hilfe der Studenten und ehemaligen Offiziere.

Wie muß unsere Haltung unter diesen Umständen sein? Es ist erfreulich, daß die Arbeiter sich nach dem Kriege so rasch wieder gefunden haben. Im März 1919 vier Monate nach dem Waffenstillstand, traten die Transportarbeiter schon wieder zu einer internationalen Konferenz zusammen, um zu erklären, daß unter den Arbeitern aller Länder eine Kluse nicht besteht, daß sie gemeinsam für Freiheit und Sozialismus arbeiten wollen. Seitdem haben eine Reihe von internationalen Konferenzen stattgefunden, im August 1919 auch die erste allgemeine Konferenz der Gewerkschaften aller Länder, die unteren Internationalen Gewerkschaftsbund stärker denn je wieder aufgebaut hat. Schon damals hat die gewerkschaftliche Internationale ihren Protest gegen die Plödsche Russlands einlegt und sich für die Sozialisierung aller Produktionsmittel ausgesprochen.

Die Entwicklung bedingt eine erhebliche Erweiterung unseres Aufpauens. Wir können uns nicht mehr auf die Fragen der Löhne, Arbeitszeit und Arbeiterrück beschränken. Früher war alles andere den politischen Parteien überlassen. In allen Ländern hat die Erfahrung während des Krieges gezeigt, daß alles, was im Range der Arbeiter zu beeinflussen vermag, in den Bereich der gewerkschaftlichen Tätigkeit gezogen werden muß. Diese in Amtsdam im letzten Jahre angenommenen Grundsätze haben wir bald

Aufriehung einer radikalen Parteidiktatur unter Ausschaltung des Reichstagswillens des Volkes, die sofortige Zertrümmerung der alten Wirtschaft usw.

In den verantwortlichen Stellen der Gewerkschaftsbewegung betrachte man die Räte, die sich überall in den Revolutionstagen in wirrem Durcheinander bildeten, mit offenem Mißtrauen, um so mehr, als nicht wenige von ihnen sich gewerkschaftliche Funktionen anmaßen und oft in recht törichte Art in den Betrieben ihre Arbeitsbedingungen „diktieren“. Die führenden Persönlichkeiten der Generalkommission wollten den Räten gewisse politische Funktionen gerne zuerkennen, bestritten ihnen aber das Recht, auf wirtschaftlichem Gebiete einzugreifen; hier seien allein die Gewerkschaften „zuständig“. Als dann jedoch gerade die Betriebsräte als Organe der Arbeiterkraft zur Mitwirkung bei der Verwaltung der Betriebe und als Grundlage für den Aufbau eines allgemeinen Produktionssystems mit weitgehendem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter von den Massen immer dringender gefordert wurden, verschlossen sich auch die leitenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung diesem Drängen nicht. In zwei Tagungen im April 1919 einigten sich die Vorstände der Gewerkschaften mit der Generalkommission auf bestimmte Richtlinien, in denen Betriebsräte mit dem Recht der Mitwirkung bei allen die Arbeitsbedingungen berührenden Fragen, einschließlich Einstellung neuer Arbeiter usw., gefordert werden. Allerdings fehlt in diesen Richtlinien das Verlangen einer Beteiligung an der Betriebsleitung durch die Berechtigung zur Kontrolle der sinonyellen und sonstigen Verwaltungsmaßnahmen. In Konsequenz dieser Beschlüsse waren dann die Gewerkschaftsleitungen bemüht, bei den Beratungen des Betriebsratsgesetzes die Interessen der Arbeiter zur Anerkennung zu bringen und die Arbeiter zur Ausübung der Betriebsratsstätigkeit zu befähigen. Daß sie zwischen den Betriebsräten und den Gewerkschaftsverbänden dabei eine gewisse organisatorische Verbindung herzustellen suchten, ergab sich als absolute Notwendigkeit. Es war eine einfache Pflicht der Gewerkschaften, von sich aus, wie es geschah, überall in der Industriebezirken gewerkschaftliche Betriebsratszentralen zu schaffen und dem Vorstand des I. D. G. B. eine Reichszentrale zur Seite zu stellen.

Die Gewerkschaften der Arbeitergemeinschaften haben — nicht zuletzt auch deshalb, weil die Unternehmer die Gemeinshaftarbeiten immer offener und offener zu sabotieren begonnen haben — mit der Zeit umfänglich stark an Anhang gewonnen; diese Verbände — selbst eine Organi-

ation wie der Bauarbeiterverband mit einer nichtoppositionellen Mehrheit — haben beschlossen, aus den Arbeitsgemeinschaften auszuscheiden. Das ganze Gebäude erscheint damit bedroht. . . . Aber andererseits flaut auch die Begeisterung für das „reine, revolutionäre“ Räteystem vielfach ab. Bisher ist die Zeit nicht mehr fern, wo man schließlich hüben und drüben erkennt, in der Begeisterung für das eigene Ideal zu weit gegangen zu sein, und wo man dann auch, wenn auch zu keiner Einigung, so doch zu einer gewissen Anerkennung der gegenseitigen Forderungen kommt.

Die Revolution mit all ihren Begleiterscheinungen — Hinmströmen ungeschulter Massen in die Gewerkschaften usw. — brachte in die Arbeiterschaft eine starke Eigenheit, das letzte Mittel, den Streik, zu erproben — und die alten gewerkschaftlichen Regeln, nur im äußersten Notfalle und nur bei Billigung der zentralen gewerkschaftlichen Instanz zu dieser Waffe zu greifen, außer acht zu lassen. Mißerfolge, die hierbei unausbleiblich waren, ließen aber sehr bald wieder in die gewohnten Bahnen einlenken. Wohl kam es noch häufig vor, daß Streiks ohne Zustimmung der sachungsgemäß zuständigen Stellen begonnen wurden, aber in zunehmendem Maße wurden die Gewerkschaften wieder Leiter der Kämpfe um die Arbeitsbedingungen und sorgten dafür, daß diese nicht unbedonnen geführt wurden. Der Ausbau des Schlichtungswesens trug das seinige dazu bei, dem schließlichen Austrag von Differenzen eine Bedeutung zu sichern, wie er sie vor der Revolution nicht besessen hatte.

Schon während des Krieges hatten die deutschen Arbeiter gelernt, den Streik auch zur Vertretung ihrer politischen Forderungen anzumenden. Nach der Revolution geschah es in ununterbrochener Folge, daß die Parteien oder einzelne radikale Gruppen die Arbeiter aufriefen, durch Arbeitsniederlegung für diese oder jene politische Forderung zu demonstrieren. Die Gewerkschaften aber hielten daran fest, daß sie mit derartigen Streiks nichts zu tun haben dürften. Mehrere Male stellte der Ausschuß des I. D. G. B. fest, daß die angeschlossenen Organisationen bei politischen Streiks keine Unterstützung zu zahlen hätten. Diese ablehnende Haltung der verantwortlichen Körperschaften war aber erfindlich, als der Putsch des Kapp und Lüttich im März 1920 alle Rechte bedrohte, die die Revolution den Arbeitern gebracht hatte. Es war eine dringende Pflicht der Gewerkschaften, angesichts dieses reaktionären Handstreichs nicht pafflo zu bleiben, sondern selbst die Organisation eines allgemeinen,

zu verwirklichen versucht, wie der Poykott gegen Ungarn, die Aktion gegen jede Massendurchfuhr nach Polen oder Rußland zeigen. In Dänemark haben die Gewerkschaften zu Beginn des Jahres durch die Androhung eines Generalstreiks die Verfassung des Landes gezwungen. Auch die deutschen Gewerkschaften retteten ihre Republik durch den Generalstreik im März. Diese durchaus politische Tätigkeit der Gewerkschaften zeigt das Anwachsen neuer Tendenzen in der Arbeiterbewegung aller Länder, die wir fördern, vereinigen müssen in unserem Kampfe gegen die Reaktion und für eine neue Gesellschaftsform. Sehen wir doch immer mehr, wie wenig Wert alle unsere Errungenschaften haben, solange die kapitalistische Klasse die Möglichkeit behält, neue Kriege zu entfesseln und alles bis dahin Erreichte wieder zu vernichten. Dabei ist die erste und wichtigste Aufgabe die Bekämpfung des Militarismus. Bei allem jedoch sollen wir die eigene Kraft nicht überschätzen, die Kräfte der Gegner nicht unterschätzen und bedenken, daß unsere 24 Millionen Mitglieder erst noch dazu erzogen werden müssen, bereitwillig alle die Opfer zu bringen, die vielleicht noch nötig sein werden. Der wahre Geist internationaler Solidarität besteht noch nicht überall, wie das Fernbleiben der Amerikaner und der Russen von diesem Kongresse zeigt. Ihre Mitarbeit würde unsere Internationale unendlich viel härter machen. Mit Rußland haben wir seit Kriegsende Verbindungen angaknüpft, aber alle unsere Briefe und Telegramme sind ohne Antwort geblieben. Nur durch die Presse erfahren wir die unsinnigen Behauptungen und Angriffe der Russen gegen uns. Dabei ist unsere Organisation die einzige, welche auch den russischen Arbeitern praktische Solidarität bewiesen hat. Keine bolschewistische Organisation hat das bisher getan. Wir „Gelben“ und „Sozialpatrioten“ haben sicher dazu beigetragen, Rußland zu einem Frieden mit Polen zu verhelfen. Das Fernbleiben der Gewerkschaften im fernem Westen und Osten ist um so bedauerlicher, als es nur der Unkenntnis der Dinge entspringt.

Gewiß muß der Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit fortgesetzt werden, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß dies nicht die Hauptache ist. Vielmehr muß die Energie der Arbeiter, statt in Forderungen zerplittert zu bleiben, immer mehr für die großen Kämpfe gesammelt werden. Dazu sollten besonders die internationalen Berufssekretariate beitragen.

Im Verlauf der Tagung wurde u. a. über die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes verhandelt. Hierzu faßte der Kongreß folgende Entschliebung:

einheitlich geführten Abwehrstreiks in die Hand zu nehmen. Glänzend gelang diese Abwehr, ein unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung.

So waren — fast gegen ihren Willen — die Gewerkschaften über Nacht „politisiert“ worden. Aber sie hörten damit nicht auf, selbst noch das Kampfgebiet politischer Richtungen zu sein, da ja neben ihnen immer noch die Arbeiterparteien bestanden, sich gegenseitig behelfend und nach Machtpositionen für sich suchend.

Während des Krieges hatte sich die Generalkommission für die „Politik des 4. August“ eingesetzt und alles getan, um die Politik der Sozialdemokratie zu unterstützen. Und als es im Laufe des Krieges zur Abplitterung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei kam, deutete sie das Uebereinkommen, das im Jahre 1908 in Mannheim mit der geschlossenen Sozialdemokratischen Partei getroffen worden war, um die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Einklang miteinander zu bringen, in sehr ansehnlicher Weise dahin, daß es nun die Gewerkschaften nur mit der Mehrheitspartei zusammenwirken verpflichtete. Nach dem Zusammenbruch wurde dieses Zusammengehen mit der Mehrheitssozialdemokratie geopfert zugunsten einer Neutralitätserklärung den beiden sozialdemokratischen Parteien gegenüber, die in einer Resolution des Gewerkschaftskongresses 1919 ausgesprochen wurde. Das Abkommen von 1908, heißt es darin, habe eine einheitliche politische Interessenvertretung der Arbeiter zur Voraussetzung gehabt. Nachdem diese aufgehört habe zu bestehen, seien die Gewerkschaften genötigt, ihre „Neutralität gegenüber den politischen Parteien auszusprechen“.

Die auf dem Boden der Mehrheitspartei stehenden Gewerkschaftler waren seither im allgemeinen auch bestrebt, im Rahmen der Verpflichtungen dieser Resolution zu wirken. Bei der „Opposition“, die ihre politische Vertretung bei den Unabhängigen und dann teilweise auch bei den Kommunisten sah, trat dieses Bestreben jedoch weit weniger zutage; für sie war freilich Klassenkampf, Kampf für den Sozialismus auch oft untrennbar von dem Dogma gerade ihrer Parteirichtung und die Methoden der Mehrheitssozialdemokratie blieben ihnen unverständlich. Die Folge war, daß die Unabhängigen dort, wo sie die Mehrheit in einer Ortsverwaltung oder in einem Verband erhielten — und wenigstens in den großen Städten gelang es ihnen nicht selten, die Mitglieder einer Gewerkschaft in ihrer Majorität zu

Resolution gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der vom 22. bis 27. November in London tagende Außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt nach Kenntnisnahme des Beschlusses der vom Internationalen Gewerkschaftsbunde in das Ruhrgebiet entsandten Untersuchungskommission energischen Protest gegen die androhte Besetzung dieses Gebietes durch die Truppen der Entente. Der Kongreß stellt fest, daß eine derartige Maßnahme ein nicht zu rechtfertigender Gewaltakt sein würde, eine Vergewaltigung der getroffenen Arbeiter, eine Verewaltigung der Freiheit und der Bestrebungen der Arbeiter zur Sozialisierung der Lebensweise, ein Schlag des Internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterbevölkerung. In der Ueberzeugung, daß die Besetzung des Ruhrgebietes verhängnisvolle Folgen haben würde der Reaktion und dem Militarismus zugute kommen würde, daß sie den Gefahren, welche die Welt bedrohen, noch neue hinzufügen und ein unübersteigbares Hindernis bilden würde für die Wiederherstellung der normalen Verbindungen zwischen den Völkern, erklärt der Kongreß, daß die organisierten Arbeiter bereit sind, sich mit allen Mitteln einer derartigen Maßnahme zu widersetzen und zu verhindern, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes einer militärischen Unterjochung unterworfen werden. Der Kongreß erklärt, daß die Kohlenfrage nicht durch militärische Gewaltakte, sondern nur durch eine internationale Organisation der Produktion und der Verteilung aller Rohmaterialien gelöst werden kann, wie sie bereits der internationale Bergarbeiterkongreß in Genf gefordert hat. Der Kongreß erklärt, daß ganz im besonderen die Produktion im Ruhrgebiet unerschütterlich abhängig ist von einer guten Lebensmittelversorgung der Grundarbeiter. In Erwägung, daß die Bergleute, die in Eyn eingegangenen Verpflichtungen voll erfüllt haben, verlangt der Kongreß auch für sie die Erfüllung der Versprechen, welche ihnen als Gegenleistung gemacht worden sind. Er weist hin auf die ernste Lage, in der die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebietes sich befindet, auf das Elend, das die Jugend mit dem Tod bedroht und verlangt, daß Maßnahmen zur Beschäftigung dieses entsetzlichen Zustandes getroffen werden. Der Kongreß erklärt schließlich, daß die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Grund und des Wert freier, von dem gleichen Willen zur Freiheit und zum Frieden besetzten Arbeiter werden kann.

Des weiteren beschäftigte sich auch der Kongreß mit den Angriffen der Rosa Luxemburg Internationale. Hierzu wurde folgende Resolution beschossen:

gewinnen —, die Anhänger der anderen Richtung mitunter in verwerflichster Weise verewaltigten.

Hatten die Unabhängigen, solange sie in der Minderheit waren, den Anfang damit gemacht, auf Kongressen und auch innerhalb mancher Ortsverwaltungen besondere „Fraktionen“ zu bilden, so veranlaßte das Auftreten unabhängiger Mehrheiten verständlicherweise die Mehrheitssozialdemokraten ebenfalls, sich zum Schutz gegen Verewaltigungen innerhalb mancher Verbände bzw. Ortsverwaltungen enger zusammenzuschließen. Hier und da kam es völlig dahin, daß alle wichtigen Entscheidungen in den „Fraktionen“ zunächst vorbereitet wurden, daß diese selbständige Aktionen unternahmen usw.

Naturngemäß rückte das die Gefahr eines Zerfalls der großen einheitlichen Bewegung in bedenkliche Nähe. Aber es war andererseits das einzige Mittel, um das schlimmste aufzuhalten. Es wurde jedenfalls zunächst erreicht, daß trotz allen Parteihaders die Verbände geschlossen blieben — für eine erfolgreiche Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats nach der Revolution, die ja der Macht des Unternehmertums auf die Dauer keinen empfindlichen Abbruch tat, keine geringere Notwendigkeit als zuvor!

So ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß die Geschlossenheit der Gewerkschaften erhalten bleibt. Und vielleicht bringt es dann gerade die Gewerkschaftsbewegung fertig, verführend auf die Parteigegensätze zu wirken. Dazu ist nicht erforderlich — was bereits als Wunsch in manchen leimt —, daß die Gewerkschaften selbst die Parteifunktionen ganz an sich ziehen, die Parteien gewissermaßen überflüssig machen. Das würde wohl nicht möglich sein ohne Schädigung der gewerkschaftlichen Aufgaben im engeren Sinne. Aber die Rolle, die bereits heute die Gewerkschaften auf politischem Gebiet zu spielen begonnen haben, sollte und könnte den Parteien eine Mahnung sein, den Bogen des Kampfes gegeneinander nicht zu überspannen. Gewisse Aktionen — man denke an den Rapp-Tusch — erfordern durchaus eine einheitliche Leitung. Solange sie in der politischen Arbeiterbewegung fehlt, wird wenigstens bei solchen Gelegenheiten weiter ein Eingreifen der Gewerkschaften nötig sein. Aber das kann nicht das Ideal darstellen. . . . Die Resolution von Nürnberg sagt mit Recht, anschließend an Worte von Karl Marx, daß die Gewerkschaften „zum Brennpunkt des Klassenkampfes“ werden müssen, um ihre Funktion ganz zu erfüllen. Aber ihr Gebiet ist und muß sein der wirtschaftliche Kampf; der politische sei Sache der Partei!

Dr. Reppert im Berwärtz-Klarnach.

Entscheidung gegen die Angriffe des sogenannten Moskauer Gewerkschafts-Internationale.

Der Kaiserliche Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dessen Tagung in London 26 000 organisierte Arbeiter in 15 Ländern vertreten sind, nimmt Kenntnis von den ersten Angriffen und Verleumdungen, die gegen diesen Kongreß von den Führern des Dritten Internationalen gerichtet wurden, Verleumdungen und Schmähreden, wie sie keinem als angemessene Widerstandsformen unter freien und friedlichen Umständen angesehen werden können. Der Kongreß bemerkt, daß das jüngste Manifest einerseits die Unterschrift von Lenin, Stawrowski, Kowalew, Kowalew und Chabinski trägt, das entgegen den Tatsachen behauptet, daß es einen Internationalen Gewerkschaftsbund vertritt. Der Kongreß bemerkt ferner, daß die Unterzeichner dieses Manifestes über die Kriegserklärung in dem Satz zusammenfassen, daß die sozialistische Moskauer Internationale die „gelbe“ Kaiserliche Internationale zusammennimmt. Der Kongreß nimmt mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage der Dinge an, daß diese Angriffe nicht von dem Proletariat des Landes herrühren, daß man diese daher auch in keiner Weise dafür verantwortlich machen darf. Weiter betont der Kongreß, daß diese verwerflichen Kritiken und diese Kriegserklärungen entgegen der üblichen Unwissenheit über die Zusammenfassung und die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes davor abzuwehren sind, aber den unbestreitbaren Willen beweisen, der dem sozialistischen Zwecke entspricht, die Arbeiterorganisationen aller Länder zu verbinden. Der Kongreß weiß mit allem Nachdruck gegen ihn und die internationale Arbeiterbewegung gerichteten Verleumdungen gar. Zudem der Internationale Gewerkschaftsbund sich gegen alle diese Verleumdungen wehrt, erklärt er, daß er sich weder fürchten noch verärgern lassen wird. Er vertritt den angeschlossenen Zentralverbänden volle Autonomie und Bewegungsfreiheit in, aber er fordert von ihnen auch, allen Maßnahmen entgegenstehender Körperlichkeiten, ihre Sonderbestrebungen in der Gewerkschaftsinternationale zu unterlassen, die Unterstützung zu verweigern. Der Kongreß befiehlt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und seine Zentralverbände aller Länder ihre Tätigkeit auf die Abgrenzung der Weltarbeit und die Befreiung des kapitalistischen Ausbeutungssystems richten. Dies geschieht unter voller Berücksichtigung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und der tatsächlichen Lage in jedem Lande. Aus diesen Gründen erinnert der Kongreß an die Tatsache, daß die gewerkschaftliche Internationale sich wider die Regierungen gestellt hat, die die Gegenrevolution unterstützen und die militärischen Unternehmungen gegen die bereits auf dem Wege zur Freiheit vorwärts marchierenden Völker begünstigen. Trotz dieser Verleumdungen und ihrer Verbreitung richtet der Kongreß seinen Appell an das Proletariat Russlands sowie an alle anderen Arbeiter, die über die Ziele des Internationalen Gewerkschaftsbundes unterrichtet werden. Der Kongreß erklärt hiermit, seine volle Solidarität und Sympathie mit ihren Kämpfen und revolutionären Bestrebungen. Er läßt sie ein, daß dem Internationalen Gewerkschaftsbund unabhängig und durch ihre Kampftätigkeit die des Proletariats zu helfen und so der gesellschaftlichen Reaktion eine geschlossene Kammerfront gegenüberzustellen.

In nächster Nummer der „Gewerkschaft“ berichten wir weiter über den Verlauf des Kongresses.

Zentrale oder örtliche Lohnvereinbarung.

Wenn in dem Artikel über zentrale oder örtliche Lohnvereinbarungen („Gewerkschaft“ Nr. 44) die Befürwortung ausgedrückt wird, daß die zentrale Lohnvereinbarung einer Verlust anderer Vorteile mit sich bringen würde, so ist dem insofern beizustimmen, als dafür die Übergangszeit von der bestehenden zur zentralen Regelung der Löhne in Betracht gezogen wird. Aber es gibt wohl keine Ablieferung, bei deren Abwicklung nicht ähnliches eintritt. Unsere gewerkschaftlichen Kräfte vertagen keine Verzichtswörter, wie dies in östlichen und kleinen Nationen geschieht. Weder wir haben die Unternehmer die Konsequenzen aus den Verhältnissen der Zeit gezogen. Überall schließen sie sich eng zusammen und konzentrieren über materielle Kräfte. Wenn erfolgreich entgegenzutreten können wir nur, wenn wir unsere Kräfte ebenso eng zusammenrücken. Ein Zeichen dafür, daß dieser Zusammenbruch nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich erfolgt ist, gibt uns die zentrale Regelung der Löhne, deren Billigung von der Organisationsmacht der wahrhaftigste Ausdruck der innerlichen Geschlossenheit und der Solidarität der Kollegenschaft bedeuten würde. Wird angewendet, daß denjenigen, die in organisatorischer Beziehung noch nicht so weit voran waren, etwas nützlich in den Blick fällt, was sie nicht aus eigener Kraft erreichen konnten, so kommt dies einseitig. Andererseits werden wir unter großer Ziel: die Verwirklichung des Sozialismus, niemals erreichen, wenn wir demartige Abmachungen hindern sollten, einen weiteren Schritt vorwärts zu machen. Wir wollen sie auch nicht nur glücklich werden, sondern auch glücklich machen! Zentral-Lohnvereinbarungen können uns mehr helfen als örtliche. Denn hier braucht nicht ein hundertlei Stellen der ganze Organisationsapparat mit seiner Doppeltarbeit in Bewegung gesetzt werden.

Oder so muß die Stogkraft der Organisation präzise darstellen, wenn von anderer Seite der Lohnvereinbarung Widerstand geleistet wird. Um diese Stogkraft zu erreichen und zu erhalten, ist den Kollegen und Kolleginnen in den Fabriken noch ein so großes Werbe- und Aufklärungswerk überlassen. Schreiben wir also das Rede von Arbeit, das uns die zentrale Lohnvereinbarung erfordert für Agitation und Belebung. Denn wir werden unsere Kollegen und Kolleginnen für große Kämpfe schulen müssen, weil zentrale Lohnvereinbarung nur große Kampfhandlungen nach sich ziehen. Dafür war der Kampf in Sachien ein Beispiel. Ein Kampf im ganzen Reich kann dabei in Frage kommen. Darum heißt es, gestützt zu sein. Viele Voraussetzungen der alten gewerkschaftlichen Taktik für das Gelingen eines Kampfes (günstige Wirtschaftslage u. dgl.) werden auf unvorhersehbare Zeit und mehr vorhanden sein als Folge des Krieges und der Friedensbedingungen. Darum müssen wir unsere Kräfte den neuen Verhältnissen anpassen.

Reumann-Goldschmidt.

• Betriebsräte •

Doppelte Erwerbstätigkeit und ähnliche Erscheinungen. Kollegen Langemann-Terlin schreibt uns: Der Kampf in Nr. 45 der „Gewerkschaft“: „Eine Aufgabe der Betriebsräte“ gibt mir Veranlassung, meine persönliche Ansicht über die Aufgaben der Betriebsräte hier zum Ausdruck zu bringen. Wer in jenem erwerbstätigen Beruf sein Auskommen findet, so weit nicht um — Es sind die durch die kapitalistische Entwicklung zunehmende Kleingehilfsleute und selbständigen Handwerker, die sich als Lohnarbeiter betätigen. Sie steigen von der untersten Stufe der Arbeiter eine große Anzahl und nicht wenig, wie viel auch in Verbindung der tatsächlichen Lage im Kleingewerbe angenommen wird. Auch hier ist der Wohlstand ein anderer, nicht nur bei geringen und künstlichen Arbeiten. Sobald der Mann außer dem Dienste anderer, müssen Geschäftleute die von ihnen bis dahin bewohnten Keller oder Läden weiter bewohnen. Das höchste Hindernis dafür, das die Frau dann verliert, bringt in den meisten Fällen viel Geld etwas über die Höhe ein — soviel wie jede andere Arbeit durch die Arbeit, die nicht nach außen in die Erziehung tritt ebenfalls wird verdient. Durch Schließung eines solchen Betriebes würde auch nicht ein einziger arbeitstüchtiger Verkäufer untergebracht werden können; der Umsatz würde den Kräften in der Nachbarschaft zufließen, die noch erregt sind und diesen vornehmten Umsatz auch noch ohne fremde Hilfskräfte bewältigen können. — Um aber zu beweisen, daß diese Doppelverdiener von ihrem Nebenberuf leben könnten, wäre ein ganzes Heer von Ärzten und Demagoguen notwendig. Alle Anzeichen bei den Betriebsräten, Demobilisierungsaussichten usw. rühren nicht etwa von Arbeitslosen her, sondern von qualifizierten Leuten. Konkurrenzneid und Neid sind immer die Triebkräfte solcher Anzeigen. Das in der Zeit herausgehobene Beispiel des Schuhmachers muß mit einem anderen Maßstab gemessen werden. Die unbedeutende Lernezeit eines Arbeiters, die das Schuhmachersindewert nicht erlernt haben, ihre Stellung nicht zu reparieren, also den arbeitstüchtigen Schuhmachern die Erwerbsmöglichkeiten zu nehmen. Ist es unmöglich, diesen Arbeitern das Selbstreparieren ihrer Aufbesserung zu verbieten, so kann man es dem Arbeiter, der das Schuhmachersindewert erlernt, aber verlassen hat infolge des Genies in diesem Gewerbe, auch nicht unmöglich machen, für sich und seine Familie und darüber hinaus Schuhmachersarbeiten zu verrichten. Die Arbeitstüchtigkeit ist nur zu mildern durch Verabreichung der täglichen Arbeitszeit auf etwa 6 Stunden oder Verabreichung der Arbeitswoche auf 4 bis 5 Tage. Dieser Vorbehalt würde den Arbeitern vor Augen führen: Die Strafe ihres Untertanens ist die Arbeiterklasse verpflichtet, die gesamte Produktion zu übernehmen und beherbergen zu lernen und als Mittel zum Zweck die Erhebung der staatlichen Gewalt. Als unsere Vertreter in den Gemeinderäten und Parlamenten sind, sollten sie die von den Unternehmern illegalen Vorteile zwangsweise in eigene Hände übernehmen, wobei die Entschädigungspflicht an die Unternehmer auf Grund des Kommunalvertragsgesetzes kein Hindernis sein dürfte. Die Unternehmer zu erschüttern, um Arbeitstüchtigkeit für den Bedarf zu schaffen, ist nicht zu unproduktiv als die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung. Der Erfolg wird auch hier nicht ausbleiben durch den Widerstandswortrecht, wie nachgehend die Bedarfsverteilung und wie schließlich die Gemeinwirtschaft für die Gesamtheit ist. In diesem Sinne sollte zu wirken, ist eine kulturelle Aufgabe der Betriebsräte und nicht durch sozialpolitische Einmischung Geschäftsleute zwischen die Arbeiter untereinander zu bringen. — Es: Ausmerzung der Fälle von doppelter Erwerbstätigkeit wird gewiß nicht so ohne weiteres als Über einen Raum geboren werden können. Dem Kollegen Langemann müssen wir aber doch entgegenhalten: wenn es die Arbeitstüchtigkeit allgemein auf 6 Stunden oder 4 bis 5 Tage beschränkt werden soll, um die Arbeiterlohn unterzubringen, dann kann er auf der anderen Seite nicht für vermehrte Arbeitszeit eintreten, indem er den Arbeitern zugeht, nach Arbeitend zu arbeiten. —

beschaffen läßt im Zeichen der Hochkonjunktur gerandt, wock die Best außerhalb des Betriebes dem Arbeiter zur Erholung dienen soll. Und dieser Grundsatz muß jetzt um so härter verkostet werden, wo es gilt, Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Die Frage der Sozialisierung, die Pangemann als Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit empfiehlt, ist in wenigen Tagen nicht gelöst. Die Arbeitslosigkeit brennt aber der gesamten Volkswirtschaft auf den Fingern. Daher müssen sofort Mittel angewandt werden, hier zu helfen. An der Beseitigung von doppelter Erwerbstätigkeit kann daher nicht vorübergegangen werden.

♦ Aus den Gemeinden ♦

Anstellung der Beigeordneten auf Tantieme? Unter dieser Überschrift enthält die „Eisener Arbeiterzeitung“ Nr. 253 folgende interessante Notiz: „Der „Eisener Anzeiger“ bringt die Mitteilung, daß der Dezentrat der technischen Betriebe, Beigeordneter Volsdorff in die Privatindustrie überzugehen gedenkt. Wie wir dazu mitteilen können, handelt es sich um die Firma Thissen, mit der Herr Beigeordneter Volsdorff in Verhandlungen steht. Um sein weiteres Weiben in städtischen Diensten zu ermöglichen, ist, sei es von Seiten einzelner Stadtverordneter, sei es von Seiten des betreffenden Beigeordneten, der Vorschlag gemacht worden, ihm neben seinem Gehalt eine Tantieme vom Reingewinn und Umsatz der städtischen Betriebe (Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke) zu gewähren. Wie der „Eisener Anzeiger“ dazu mitteilt, soll die städtische Kommission, die sich mit diesem Vorschlag zu beschäftigen habe, zu einem ablehnenden Standpunkt gelangt sein. Diese Nachricht eilt den Tatsachen etwas voraus, da die zuständige Kommission sich erst in ihrer nächsten Sitzung mit der Angelegenheit befassen wird. Wir können aber jetzt schon für die sozialdemokratische Fraktion mitteilen, daß diese in ihrer letzten Fraktionssitzung sich auf einem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt gestellt hat und unter keinen Umständen gewillt ist, Beigeordnetentantieme zu zahlen. Mögen sie auch noch so tüchtig sein und mögen sie auch die Konsequenzen daraus ziehen und zur Privatindustrie übergeben. Hat schon das an sich über Gebühr hohe Gehalt der Beigeordneten und Oberbürgermeister in den Großstädten des Westens die Öffentlichkeit nicht verstanden, so würde sie eine derartige Maßnahme erst recht nicht billigen, namentlich wenn man bedenkt, daß die jetzigen Gehälter der kommunalen Oberbeamten weit die Gehälter der Oberbeamten in den übrigen deutschen Großstädten mit Einschluß von Berlin übersteigen. Sieht man von der Person des genannten Dezentratens ab, dessen organisatorische Tätigkeit in der letzten Zeit im weitestesten darin bestanden hat, die Gebühren der städtischen Betriebe ins Ungeheure zu steigern, so muß man schon aus grundsätzlichen Erwägungen sich gegen eine derartige Gehaltsregelung erklären. Der „Eisener Anzeiger“ weist mit Recht darauf hin, daß zwischen städtischen und privaten Betrieben doch ein erhebliches starker Unterschied besteht. Ein Privatbetrieb hat mit der Konkurrenz zu kämpfen und kann daher die Preise mit Rücksicht auf die Konkurrenz nicht wahllos heraufsetzen. Er hat vielmehr die Aufgabe, durch eine möglichst wirtschaftliche Organisation die Selbstkosten herunterzudrücken. Der Leiter eines kommunalen Betriebes, der außer Konkurrenz steht, kann die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität erhöhen und bezieht dann von dem höheren Reingewinn die Tantieme. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand. Dasselbe Recht, welches Herr Beigeordneter Volsdorff beanspruchen will, haben im übrigen alle Leiter der sonstigen Wirtschaftsbetriebe, ja nicht nur diese, sondern auch die Leiter von Anstalten, die mit Defizit arbeiten. Wenn die letzteren in der Lage sind, das Defizit eines Betriebes herunterzudrücken, ist das genau dasselbe, als wenn der Leiter eines Wirtschaftsbetriebes höhere Uberschüsse macht. Die Wirkung auf den Gesamtertrag besteht dann darin, daß die allgemeinen Steuerlasten sich vermindern. Aus all diesen Gründen muß das neue System grundsätzlich abgelehnt werden, und die Sozialdemokratie wird energisch Front gegen die Parteien machen, welche sich etwas berechnen sollten, diesen ersten Schritt auf einer solchen Ebene zu machen.“ — Ähnliche Überlegungen werden jedenfalls auch in anderen Städten zu verzeichnen sein. Unsere Aufgabe muß es sein, dem mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Es haben sich außerdem schon genügend Fremdförder in die Kommunalwirtschaft eingeschlichen (Annahmen usw.) zum Schaden der Arbeiterschaft und zum Segen einzelner. Daß nun auch Beigeordnete, welche doch Diener der Allgemeinheit sein sollen, neben Gehältern von rund 50 000 Mk. noch Reichtümer auf Kosten der Steuerzahler und auf die Knochen der städtischen Arbeiterschaft ankommen wollen, muß unbedingt vermindert werden. Kommen die Herren mit ihrem „kleinen“ Einkommen nicht aus, mögen sie in der Privatwirtschaft, solange es noch möglich ist, untertauchen. Die Betriebsräte müssen darauf hinarbeiten, daß Dezentratens mit Gewinnbeteiligung nicht angestellt werden.

Dereinst wird man in den Museen Kanonen ausgestellt sehen, wie jetzt die alten Kosterwerkzeuge, und wird darüber staunen, daß dieselben einmal im Gebrauch sein konnte. Viktor Hugo.

♦ Staatsarbeiter ♦

Palkenstein. In der Bezirksversammlung der Staatsarbeiter des Strahlen- und Wasserbauamts Auerbach waren die Kollegen der Amtsstraßenmeisterei Auerbach, Ringenthal und Langensiedel einschließlich vom Steinbruch Perlosgrün vertreten. Gauleiter Bäßig sprach über die Lohnbewegung der Staatsarbeiter. Wiederholt hatten die Staatsarbeiter geordert, den schwebenden Lohnverhandlungen energischen Nachdruck zu verschaffen, um endlich die Lohnerböhung herbeizuführen. Wenn aber die Kollegen glauben, es sei von der Verbandleitung nicht genügend geschehen, so bewies Bäßig das Gegenteil. Bereits am 16. September sind die Forderungen eingereicht und darüber wiederholt verhandelt worden. Erst durch den Gemeindefreierstreik war es möglich, auch für die Staatsarbeiter etwas herauszuholen. Jetzt steht nur noch die Genehmigung des Gesamtministeriums aus. Die Kollegen verlieren aber nichts, da die Lohnerböhung rückwirkend erfolgt. — Außerdem wurden Mißstände zur Sprache gebracht. Da auch Klärung über die Egratbeiträge erfolgte, erklärten sich die Kollegen nunmehr bereit, diese zu bezahlen.

♦ Landstraßenwärter ♦

Salze. Am 28. November hielten die Straßenwärter und Arbeiter des Kreises Salze ihre Betriebsversammlung ab. Kollege Meißner-Magdeburg berichtete über die Konferenz in Halberstadt und die Kündigung der Lohn tafel des Erzis. In der Diskussion wurden die Forderungen als zu niedrig bemessen, doch hoffen die Versammelten, daß der Arbeitgeber diese beabsichtigte Forderung reiflos bewilligt. Zu der Versammlung waren der Herr Gauleiter und einige Straßenmeister erschienen. Wir glauben, daß durch dieses Zusammenarbeiten viele kleine Unzulänglichkeiten in den Betrieben zur Zufriedenheit beider Teile gelöst werden. Kollege Meißner sprach dann die Notwendigkeit der Beitragserböhung. Die Kollegen waren sämtlich dafür und verabschiedeten bei der Urabstimmung reiflos für die Vorschläge des Hauptvorstandes zu stimmen.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Die gemeinsame Gaukonferenz der Gaue Dortmund und Düsseldorf tagte am 28. November in Elberfeld. Sie war von 67 Delegierten aus allen Filialen der beiden Gaue besetzt. Vom Hauptvorstand war der Kollege Münter erschienen. Er hielt ein instruktives Referat über die wirtschaftliche Lage in den Kommunen und unsere zukünftigen Lohnbewegungen. Ueber die abgeschlossenen Lohnverträge berichtete Kollege Berger. Angenommen wurde ein Antrag vom Arbeitgeberverband, eine einmalige Wirtschaftsbilanz zu fordern, und zwar für die Arbeiter 500 Mk., Ledige 400 Mk. und für jedes versorgungsberechtigte Kind 100 Mk. Die Mitglieder der Verhandlungskommission sollen neu gewählt werden. Man einigte sich für den Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden auf die Filialen Düsseldorf, Essen, Oberhausen, Dortmund und Bochum. Für den Arbeitgeberverband der G.B.C.-Werke auf die Filialen Duisburg, Elberfeld-Varnen und Gerne. Diese Filialen haben in der nächsten Mitgliederversammlung einen in Arbeit stehenden Kollegen in die Verhandlungskommission zu wählen. Einstimmig wurde ein Antrag der beiden Gaukonferenzen angenommen, daß alle Filialen, die einem der Parteien der beiden Arbeitgeberverbände angeschlossen sind, für die Parteien der Verhandlungskommission, pro Quartal und gebührendes Mitglied, 10 Pf. an die Hauptkasse abzuführen haben. Kollege Buchelt referierte über die bevorstehende Beitragserböhung. Die Ausführungen fanden die reiflose Zustimmung aller Delegierten. Nur wurde allgemein bemängelt, daß außer der Streikunterstützung auch die Kranken- und Sterbeunterstützung erhöht werden sollte. Ein Antrag Vira-Düsseldorf auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages wurde nach kurzer Debatte dem Vorstand zur Verdischüßigung überwiesen. Nachstehende Entschließung fand die einstimmige Annahme der Konferenz. Die am 28. November tagende Gaukonferenz der Gaue Düsseldorf und Dortmund des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter protegiert auf schärfste gegen die vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung über das Streikrecht der Arbeiter in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Die Verordnung ist ein ungehörlicher Eingriff in das durch die Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht und ist geeignet, das Gegenteil von dem zu bewirken, was durch die Verordnung erreicht werden soll. Wenn die Reichsregierung glaubt, Ausnahmegesetze schaffen zu müssen, um den Wirtschaftskrisen zu wehren, dann müssen sich diese Gesetze gegen die das ganze Volk ausplündernden Agrarier und nicht gegen die Arbeiterschaft wenden. Die Arbeiterschaft in den Gemeinde- und Staatsbetrieben ist nicht gewillt, die zur Verbesserung ihrer elenden wirtschaftlichen Lage notwendigen gewerkschaftlichen Mittel durch Ausnahmever-

nahmen an, die Zeit von 1451 bis 1600 sei normal gewesen. Lohn und Preise der Bedarfsartikel seien den normalen Lebensverhältnissen angepasst gewesen. Wir sehen demnach 133ne und Lebensbedürfnisse gleich 100. Wie ist dann die Entwicklung gewesen?

Jahre	Geldlohn	Bedürfnis	Jahre	Geldlohn	Bedürfnis
1451-1600	100	100	1608-1668	191	69
1601-1670	88	85	1668-1708	108	65
1871-1908	108	58			

Wir finden, daß um 1700 der Geldlohn 8 v. H. höher war als vor 1600, daß aber mit dem höheren Geldlohn noch nicht einwandlos ist — nämlich 45 v. H. — Waren, Lebensmittel, Kleidung gekauft werden konnten als 300 Jahre früher. Auch heute befinden wir uns in einer Preiskrise. In einer außerordentlich verdienstlosen Arbeit erfahren wir von Dr. Kugenski (Schöneberg), daß eine Familie, die bei den heutigen Preisen genau so „kippig“ leben würde wie 1918, etwa den vierten Geldbetrag von 1918 verbrauchen müßte. Wir rechnen an, es habe ein Arbeiter 1914 etwa 27 RM. pro Woche verdient und die Preise der Lebensbedürfnisse seien normal gewesen. Dieser Arbeiter würde heute verdienen müssen bei einem Preise von

	1914	1920	Lohn müßte betragen
Schweinefleisch	0,90 RM	18,— RM	540,— RM
Schmalz	1,15	15,—	551,—
Ei	0,90	20,—	584,—
Butter	0,60	22,—	666,—
Brot	1,60	24,—	677,—
Getreide	0,12	1,05	384,—
Schweizerkäse	1,05	26,—	918,—
1 Ei	0,07	1,80	609,—
1 Liter Milch	0,20	1,80	216,—
1 Ztr. Kartoffeln	8,—	80,—	270,—
1 Ztr. Braunkohlen	0,82	16,40	604,—
Ein Anzug	50,—	600,—	824,—
Ein Paar Schuhe	12,50	160,—	358,—
Ein Paar Schuhsohlen	3,—	54,—	456,—
Wohnungsmiete	200,—	280,—	37,80

Durchschnitt 474.— RM.

Diese Zahlen geben kein klares Bild, da die angegebenen Werten jährlich bei verschiedenen Verbrauchern in verschiedenen Mengen konsumiert werden. Wir folgen demnach Direktor Seutemann (Hannover), der den Mindestbedarf einer fünfköpfigen Familie in vier Wochen berechnet. Seutemann berechnet nur notwendige und im freien Handel erhältliche Waren. Einzelhandelspreise scheiden aus. Er kommt zu folgendem Ergebnis:

	1914	1920
Lebensmittel	72,2 RM. = 54 v. H.	684 RM. = 67,7 v. H.
Kleidung	27 RM. = 21 v. H.	85 RM. = 8,3 v. H.
Wohnung	14,4 RM. = 10 v. H.	164 RM. = 15,8 v. H.
Heute, Licht usw.	19,9 RM. = 15 v. H.	199 RM. = 20,2 v. H.
	133,5 RM. = 100 v. H.	960 RM. = 100 v. H.

Während 1914 für 5 Köpfe 133,5 RM. notwendig waren, den Mindestbedarf von 4 Wochen zu decken, müßten es 1920 im Juli 960 RM. pro Woche, also 245 RM. sein. Im Juli hatten wir noch Lebenswirtschaft für Kartoffeln, Fleisch usw. Soweit die Lebensmittel dem freien Handel überantwortet werden, steigen die Preise dem Weltmarktpreise zu. Sie gehen in die Höhe oder umgekehrt — die Kaufkraft unseres Lohnes, der Reallohn sinkt.

Die von Fichter hier eingeführten Lebensmittelpreise können nur für Klein- und Mittelstädte gelten. In der Großstadt, namentlich in Berlin, gehen sie weit darüber hinaus, wie jeder Kollege weiß. Berechnet nach Kugenski das Existenzminimum beträgt auf 10 000 RM. im Jahr, also auf 865,89 RM. pro Woche.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Der Sozialdemokratische Arbeitskalender 1921 ist soeben erschienen. Er enthält eingehende Angaben über Stand und Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen nach den neuesten Angaben der Verbandsleitungen; auch die geschichtlichen Ereignisse und Entwicklungsstadien sind auf die Gegenwart bezogen. Zahlreiche Zitate aus historischen, geschichtlichen und volkwirtschaftlichen Werken, sämtlich unter dem Gesichtspunkt sozialistischer Weltanschauung ausgewählt, erhöhen den Wert des inhaltreichen Kalenders, der auch äußerlich für jedes Haus und Kontor ein praktischer Handbuch ist. Der Preis beträgt 8,50 RM. Bestellungen nimmt die Buchdruckerei Vorwärts, Berlin O 23, Lindenstr. 3, entgegen.

Religion und Moral. Von Johannes Traub, Heinsberg. Verlag: Zenker-Verlag, Leipzig. Preis 1,60 RM.

Stunden der Beschaulichkeit. Von Edgar Herber. Heft 2. Bissen und Wundergläubigkeit. Angenruben-Verlag. Wien X/1. Preis pro Nummer 10 Pf.

Verlag: In Vertretung des Landes der Gemeinde- und Einzelarbeiter G. K. Mann, Straußburger-Verlag, Berlin SO, Mühlentempelstr. 11. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Berlin SW 68, Hasenstraße 3.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter im Dienste der schwedischen Stadtgemeinden. Ein Beitrag zur modernen Wohnpolitik. Von Dr. rer. pol. K. Guggenbühl. Mit 54 statistischen Tabellen. Verlag: Paul Haupt, Bern, Felsenweg 14. Preis 20 RM. — Die wichtigsten Seiten des Arbeitsverhältnisses der schwedischen Gemeindearbeiter, der Richtlinien und Forderungen der kommunalen Wohnpolitik werden in diesem Werk bei Erörterung aller Städte mit über 10 000 Einwohner in ausführlicher Weise behandelt. Bis in das Jahr 1920 hinein sind die Verhältnisse nach Möglichkeit erfasst und die früheren Jahre zum Vergleich herangezogen. Der Verfasser dankt es der Unterstützung der meisten Verwaltungen und Organisationen mit, daß die Arbeit zu einem wertvollen Dokument für die moderne Wohnpolitik wurde.

Der Sozialismus und seine Lebensgestaltung. Von Rudolf Eucken. Weidmanns Universitätsbibliothek Nr. 6131 u. 6132. Verlag Weidmanns, Berlin. 2 Bände. 3 RM., in Pappeband 4 RM., in Stoffband 4,50 RM.

Nummer 4 der „Freien Welt“ bringt Bilder aus der Halle des Berliner Proletariats. Ignaz Wrobel hat den Text dazu geschrieben. Ein Bild mit Text ist dem 100. Geburtstag von Friedrich Engels gewidmet. Der Bilderspruch „Aus aller Welt“ führt dem Leser die verschiedenen Absonderheiten und Kulturerscheinungen in die Höhe vor. Der Text enthält einen Artikel von Holly Stiffinger, „Die verschundenen Wähler“, einen Dialog des russischen Dichters Turgenev, „Die Tschelner und der Weißhändige“ usw. Preis des einzelnen Heftes 60 Pf.

Was muß jeder Gewerkschaftliche und jeder Streikbescheidigte vom neuen Einflammenheuer-Gesetz wissen? — Fragen und Antworten vom Arbeiterschriftsteller O. Günther-Harburg. Der Preis ist mit 1,80 RM. sehr niedrig bemessen. Verlag Buchhandlung Volkswacht (G. Doerflinger & Co.), Harburg an der Elbe.

Filiale Duisburg.

Sucht zum 1. Januar 1921 einen Ortsbeamten. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sein, rednerische und organisatorische Befähigung besitzen sowie Verbindungen mit den Behörden haben können. Bewerbungskarten mit Angabe der bisherigen Tätigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung sind einzureichen bis zum 18. Dezember an das Gewerkschaftsamt, Düsseldorf, Wallstr. 10. Gehalt nach den Verordnungen des Rheinberger Verbandes mit demselben Teuerungssatz.

Colenliite des Verbandes.

Karl Wittenberg, Berlin + 16. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Elm Schütz, Berlin + 20. 10. 1920, 24 Jahre alt.	August Lorenz, Berlin + 24. 10. 1920, 24 Jahre alt.
Joh. Gahl, Ansbach + 11. 11. 1920, 25 Jahre alt.	Walter Schmidt, Berlin + 17. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Joseph Wagner, Frankfurt + 27. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Johann Schack, Regensburg + 28. 11. 1920, 27 Jahre alt.	Ernst Zehl, Berlin + 11. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Georg Her, Landen (Pfalz) + 4. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Friedrich Rudak, Berlin + 19. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Andreas Klemme, Regensburg + 7. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Georg Gohrt, Leipzig + 15. 11. 1920, 24 Jahre alt.
H. Benschmann, Berlin + 20. 10. 1920, 24 Jahre alt.	Robert Fichter, Dresden + 11. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Karl Betz, Landen (Pfalz) + 18. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Dr. Griseh, Berlin + 11. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Elisabeth Nisch, Breslau + 28. 11. 1920, 24 Jahre alt.	August Engel, Maastricht + 20. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Pauline Heilmann, Berlin + 21. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Max Torg, Breslau + 21. 11. 1920, 24 Jahre alt.	J. C. Heilmann, Pforzheim + 19. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Julius Heilmann, Berlin + 28. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Marie Oppich, Breslau + 12. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Kermann Grabow, Pforzheim + 14. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Georg Heilmann, Berlin + 4. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Karl Zimmer, Breslau + 18. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Fritz Löffler, Pforzheim + 14. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Helmut Heilmann, Berlin + 11. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Ang. Sapporin, Danzig + 17. 11. 1920, 24 Jahre alt.	August Koch, Halle + 9. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Hans Heilmann, Berlin + 24. 11. 1920, 24 Jahre alt.	W. Hoffmann, Dresden + 22. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Hermann Herbold, Berlin + 16. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Robert Heilmann, Berlin + 20. 11. 1920, 24 Jahre alt.	C. B. Heilmann, Dresden + 17. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Helmut Grabow, Berlin + 20. 11. 1920, 24 Jahre alt.
John Proszowski, Berlin + 15. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Anton Heilmann, Duisburg + 11. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Ed. Hahn, Stuttgart + 18. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Peter Heilmann, Berlin + 14. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Peter Heilmann, Duisburg + 1. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Paul Klump, Stuttgart + 11. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Ernst Heilmann, Berlin + 5. 11. 1920, 24 Jahre alt.	G. Gerold, Weidach (Bad.) + 28. 11. 1920, 24 Jahre alt.	Emil Heilmann, Stuttgart + 19. 11. 1920, 24 Jahre alt.
Gustav Heilmann, Berlin + 27. 11. 1920, 24 Jahre alt.		Paul Zink, Stuttgart + 15. 11. 1920, 24 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!